

Das Zukunftskonzept Berlin 2035 der Berliner SPD

Berlin im Jahr 2035 ist eine **Stadt, die sich wiedergefunden und zugleich neu erfunden hat**. Eine **pulsierende Weltmetropole und ein lebenswertes Zuhause** für mehr als vier Millionen Menschen. Eine **gemeinwohlorientierte Heimat**, in der **gesellschaftlicher Zusammenhalt** aus voller Überzeugung gelebt wird. Eine **alltagstaugliche Stadt, die funktioniert und Sicherheit bietet**. Ein **Chancenort mit Raum für Neues**. Zwei Jahre vor ihrem 800. Geburtstag blickt die Stadt Berlin selbstbewusst und mit Zuversicht nach vorn.

Der deutschen Hauptstadt ist es erfolgreich gelungen, die multiplen Krisen und Herausforderungen zu meistern und den Berliner*innen wieder **Optimismus** und den **Glauben an eine gute Zukunft** zu vermitteln. Anstelle der nervigen Alltagssorgen verspüren die Menschen in unserer Stadt wieder eine **neue alte Lässigkeit** und nehmen eine **gemeinschaftliche Aufbruchstimmung** wahr. Notwendige Veränderungen werden nicht als Verunsicherung, sondern als wünschenswerter Fortschritt empfunden.

Hauptverantwortlich für den Stimmungswandel in unserer Stadt ist ein **neues Miteinander**, ein neuer starker Zusammenhalt. **Im Mittelpunkt steht wieder das, was uns Berliner*innen verbindet, nicht das, was uns trennt**. Das neue Miteinander ist geprägt von **Wertschätzung, Respekt** und der **Bereitschaft, sich für die Gesellschaft einzubringen**. Von einem **Füreinander-da-Sein**. Von **Eigenverantwortung**. Von dem Bewusstsein, dass jede*r von uns ein Teil Berlins ist und unsere Stadt durch das eigene Tun mitgestaltet. Von **mitmenschlichen Alltagsgesten**, einer helfenden Hand, einem Lächeln. Das neue Zusammengehörigkeitsgefühl hat Respektlosigkeit, Regellosigkeit und Verwahrlosung im sozialen Miteinander abgelöst.

Freiheit wird **nicht länger als Freibrief für Egoismen**, sondern auch als die Freiheit der anderen begriffen. **Respekt und Fairness** statt **Laissez-faire**, **Rücksichtnahme** statt **Gleichgültigkeit**. Dieses neue Miteinander wird getragen von einer **starken Solidarität**. Von einem **Bündnis der Starken mit denen, die Unterstützung und Hilfe brauchen**. Jede*r hilft nach seinen eigenen Möglichkeiten mit, Berlin besser und lebenswerter zu machen.

Optimismus und Zuversicht speisen sich zudem aus einer **anhaltenden Dynamik**. Die **wirtschaftliche Entwicklung Berlins** verläuft konstant **überdurchschnittlich** und sorgt für **gute und sorgenfreie Beschäftigung**. Unternehmen kommen gerne nach Berlin. Denn die internationale Metropole Berlin ist ein **Motor für die Zukunft**, eine **Werkstatt für die Lösungen von morgen**. **Wissenschaft, Forschung und Kultur** sorgen für **internationale Leuchttürme**, auf die die Berliner*innen stolz sind. **Freiheit, Kreativität und Vielfalt** machen die Stadt **attraktiv für Menschen aus aller Welt**.

Die **größte Veränderung**, die die Menschen in der Stadt wahrnehmen: **Berlin funktioniert**. Gleich ob Verwaltung, Verkehr, Kita oder Schule – **es läuft**. Die **Investitionsoffensive** in die öffentlichen Infrastrukturen, in die öffentliche Daseinsvorsorge, **zahlt sich aus**. Der nervige Alltagsstress ist

einem Grundvertrauen darauf gewichen, dass es **schnelle, lebensnahe Lösungen** gibt. Das gilt auch für den Bereich des Wohnens. Dank einer **Neubauinitiative mit starker Gemeinwohlorientierung** und einer **Begrenzung der Mieten** stellt die Suche nach einer Wohnung kein Lebens- und Wohlstandsrisiko mehr dar.

Dass Berlin endlich funktioniert, liegt auch daran, dass **Berlin wieder ambitioniert geführt** wird. Kein mittelmäßiges „Auf-Sicht-Fahren“, sondern ein **mutiges und entscheidungsstarkes „Vorwärts-Gehen“ – und nicht den Weg des geringsten Widerstandes**. Ein **kompetentes und konsequentes Handeln**. Mit einem klaren Kompass für die Bedarfe der Menschen in dieser Stadt.

ZUSAMMENHALTEN

Berlin im Jahr 2035 ist eine Stadt, die auf **Vielfalt und Solidarität** gründet. Menschen aus allen Teilen der Welt, mit unterschiedlichen Biografien und Lebensentwürfen, gestalten hier gemeinsam eine Metropole, die Freiheit und Zusammenhalt miteinander vereint. Diese Vielfalt ist nicht nur sichtbar, sie ist auch der Kitt der Gesellschaft: **Wer in Berlin lebt, gehört dazu** – mit allen Rechten, mit allen Pflichten und mit der Möglichkeit, die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Das demokratische Fundament der Stadt ist dabei das verbindende Band. **Demokratie** wird nicht nur in Parlamenten verhandelt, sondern **im Alltag gelebt** – in Schulen, in Nachbarschaften, in Vereinen und am Arbeitsplatz. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Kultur der Mitbestimmung auf, in der sie erleben, dass ihre Stimme zählt. Erwachsene erfahren, dass Engagement in Bürgerinitiativen, Projekten und Vereinen Wirkung zeigt. Unterschiedliche Meinungen stoßen in Berlin auf **respektvollen Streit**, der auf dem Boden des Grundgesetzes und der Berliner Landesverfassung geführt wird. Die Berliner Demokratie ist resilient und gegen Angriffe von innen und von außen wehrhaft.

Das Vereinsleben ist zu einer tragenden Säule dieses Zusammenhalts geworden. Berliner*innen finden **in Vereinen Halt, Begegnung und Gemeinschaft**. Beim Sport, in Kulturinitiativen und Nachbarschaftsprojekten entsteht Nähe, Vertrauen und ein Gefühl gemeinsamer Verantwortung für die Stadt. Sportplätze, Bäder und Bewegungsräume sind offen zugänglich, Mitgliedschaften werden unterstützt und das **Ehrenamt genießt hohe Wertschätzung**. In Vereinen finden Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Religion oder Identität zusammen. Vereine sind mehr als Freizeitgestaltung – sie sind kleine Demokratieschulen, Orte der Begegnung, Räume des Miteinanders.

Auch die Nachbarschaften haben an Bedeutung gewonnen. Berlin ist im Jahr 2035 keine anonyme Metropole, sondern eine **Stadt lebendiger Kieze**. Begegnungsorte wie Nachbarschaftszentren, Parks, Bewegungsflächen oder Kiezkantinen sind über die Stadt verteilt und laden zum Austausch ein. Hier treffen sich Menschen, die sich sonst nie begegnet wären, kochen und essen zusammen, spielen miteinander oder übernehmen kleine Aufgaben

füreinander. Gerade in einer Stadt mit vielen Einpersonenhaushalten sind solche Orte entscheidend, um **Vereinsamung** zu **verhindern**. Nachbarschaftshilfe ist selbstverständlich geworden – getragen von einer Kultur des Hinsehens statt des Wegsehens.

Die soziale Stadt ist das Rückgrat des Zusammenhalts. **Menschen, die Unterstützung benötigen, finden schnell Hilfe** – sei es bei Wohnungsnot, Überschuldung oder Krankheit. Armut und Wohnungslosigkeit wurden spürbar reduziert. Suchtkranke Menschen finden geschützte Orte mit Beratungsangeboten. Senior*innen sichere Treffpunkte, Kinder und Jugendliche ausreichend Freiräume. **Daseinsvorsorge** gehört konsequent in **öffentliche Hand** und sichert allen Berliner*innen gleiche Chancen. Soziale Arbeit ist gut ausgestattet und anerkannt, die Beschäftigten in diesem Bereich sind fair entlohnt. Öffentliche Räume sind barrierefrei, sicher und klimaresilient – gestaltet für alle Generationen und Lebenslagen.

Berlin 2035 ist eine Stadt, die zeigt, dass Zusammenhalt die größte Stärke einer offenen, gerechten und lebenswerten Gesellschaft ist.

Vielfältiges Berlin

Im Jahr 2035 bleibt die Vielfältigkeit ihrer Bewohner*innen Berlins größter Schatz. Berlin ist die Stadt der Freiheit und Sehnsuchtsort für alle, die ihre Persönlichkeit frei entfalten wollen. Alle Menschen sind hier willkommen. Dabei heißt Berliner*in zu sein auch - sofern Menschen es können - diese Stadt aktiv mitzugestalten. Wer hier lebt und sich einbringt, darf auch über die Zukunft der Stadt mitbestimmen. Berlin ist im Jahr 2035 Hauptstadt der Einbürgerungen, in dem dafür gesorgt wird, dass die anspruchsberechtigten Berliner*innen über ihre Rechte aufgeklärt werden und ihren deutschen Pass innerhalb weniger Wochen nach Antragstellung in den Händen halten.

Die Freiheit der individuellen Entfaltung findet ihre Grenze in den Freiheiten der Mitmenschen. Die Berliner Mischung ist nicht frei von Widersprüchen und Konflikten, diese werden aber offen angesprochen und gemanagt. Hasskriminalität, Rassismus und Antisemitismus haben spürbar nachgelassen. In allen Lebensbereichen - ob in der Schule, auf der Arbeit, am Wohnungsmarkt oder im öffentlichen Raum - gehören strukturelle Diskriminierungserfahrungen der Vergangenheit an. Menschen mit Behinderungen können ihr Leben frei und selbstbestimmt in Berlin gestalten. Minderheiten fühlen sich sicher und sind angemessen repräsentiert - im öffentlichen Dienst unserer Stadt und in der Berliner Wirtschaft.

Politische Maßnahmen und das zivilgesellschaftliche Engagement sichern die Vielfalt unserer Kieze: Vom Stadtrand bis zur Innenstadt zeichnet sich Berlin durch eine Mischung aus beruflichen, sozialen, religiösen und ethnischen Hintergründen seiner Bewohner*innen aus. Das zivile Engagement für Vielfalt wird geschützt, finanziell abgesichert und wertgeschätzt. Die Stadt Berlin unterstützt die ehrenamtliche Arbeit für das Gemeinwohl durch ideelle und materielle Anreize.

Dazu wollen wir

- das Wahlrecht für Ausländer*innen auf Bezirks- und Landesebene einführen.

- das Landesamt für Einwanderung so aufstellen, dass es aufsuchende Aufklärungsarbeit machen und die Anträge in wesentlich kürzerer Zeit bearbeiten kann.
- die Unterbringung Geflüchteter in Sammel- und Gemeinschaftsunterkünften deutlich zurückfahren und diese auf dem Wohnungsmarkt integrieren.
- einen Ausbau der Hilfsangebote für Menschen, die Diskriminierung erfahren.
- flächendeckende Stadtteilzentren in allen Berliner Kiezen, in denen diversity-sensible Konfliktberatung angeboten wird.
- zivilgesellschaftliches Engagement für Vielfalt durch langfristige Finanzierungszusagen besonders fördern.
- landeseigene Räume über eine Online-Plattform möglichst niedrigschwellig für ziviles Engagement zur Verfügung stellen.

Wehrhafte Demokratie

In Berlin im Jahr 2035 ist Demokratie in allen Lebensbereichen erfahrbar - von der Schule, bis zum Betrieb und in der Freizeit. Gesellschaftliche Debatten finden auf dem Boden unseres Grundgesetzes und unserer Berliner Landesverfassung statt. Berliner*innen begegnen öfter Menschen, die anders leben und anders denken als sie selbst. Es besteht eine größere Toleranz als heute, mit anderen Meinungen und Positionen innerhalb des demokratischen Spektrums umzugehen. Die gesellschaftlichen Konflikte werden durch respektvollen Streit in der Sache ausgetragen und am Ende demokratisch gelöst.

Die Berliner Demokratielandschaft im Jahr 2035 ist vielfältig und stark. Sie wird in erster Linie von dem Engagement der organisierten Zivilgesellschaft getragen und von der Politik gefördert. Bürger*inneninitiativen, Organisationen, Vereine und Parteien tragen alle ihren Teil dazu bei, dass die verschiedensten Interessen in Berlin Gehör finden. Durch einen guten Ausgleich dieser Interessen ist das städtische Gemeinwesen gestärkt. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sowie Volksbegehren und Volksentscheide prägen als ein Teil der Berliner Demokratie die politischen Debatten der Zukunft.

Demokratische Institutionen sind vor antidemokratischen Einflüssen geschützt. Inländische Bedrohungen durch Antidemokrat*innen sind genauso im Blick unseres Sicherheitsapparats wie Versuche ausländischer Einflussnahme durch autokratische Staaten und demokratiefeindliche Organisationen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Berliner Gerichte und der für das Land Berlin tätigen Richter*innen ist gestärkt. Dies gilt auch für alle, die in sensiblen Bereichen für das Land Berlin tätig sind. Demokratie ist in Zukunft für die Berliner Bürger*innen erfahrbarer als heute, da wir die Institutionen weiter geöffnet und partizipativer gestaltet haben.

In allen Lebensbereichen können Berliner*innen Angebote der Demokratiebildung wahrnehmen. Bereits in der Kita, dann in der Schule und in Jugendeinrichtungen lernen junge Menschen neben dem gedanklichen Fundament unserer Demokratie ganz früh praktisch gelebte Mitbestimmung kennen. Sie werden an allen Fragen beteiligt, die das Leben von Kindern

und Jugendlichen betreffen. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 hat dazu beigetragen, die Zufriedenheit mit unserer Demokratie unter Kindern und Jugendlichen zu steigern.

Durch die Steigerung der Einbürgerungszahlen kommen mehr Berliner*innen in den Genuss ihrer vollen Bürgerrechte. Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit können stärker als bisher an demokratischen Elementen des Stadtlebens teilhaben. Durch den Abbau von Diskriminierung ist die demokratische Kultur gestärkt.

Dazu wollen wir

- in der Kita die Partizipation der Kinder stärken und weiterhin im Bildungsprogramm verankern.
- dass Politische Bildung und Demokratiebildung ab der 1. Klasse zum Schulalltag gehören und praktisch erfahrbar sind.
- die Bezirke darin bestärken, neue Beteiligungsformate wie Stadtteilkonferenzen zu etablieren.
- Begegnungsorte im öffentlichen Raum öffnen, die zur Diskussion einladen.
- demokratische Institutionen und ihre Mitarbeitende gesetzlich besser schützen - gegen Einflussnahme und Angriffe sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland.
- die Berliner Landeszentrale für politische Bildung breiter in der Stadt verankern.
- das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln, um einen besseren Diskriminierungsschutz zu erhalten.

Starke Vereine, starker Sport

Das Berliner Vereinsleben im Jahr 2035 ist vielfältig und fest in der ganzen Gesellschaft verankert. Die **Zahl der Vereine** ist im Vergleich zu heute **gestiegen**. Mehr als jede und jeder zweite Berliner*in ist in Vereinen engagiert und leistet einen Beitrag zu einer aktiven Zivilgesellschaft. Das aktive Vereinsleben ist Ausdruck einer Stadtgemeinschaft, die sich für ihr Berlin verantwortlich fühlt. Berliner*innen übernehmen **durch Engagement Verantwortung für ihre Stadt**, finden Gemeinsinn und Gemeinschaft. Das Berliner **Vereinsleben schafft Begegnungen** - mal zwischen Gleichgesinnten und mal zwischen überhaupt nicht Gleichgesinnten. Damit leistet es einen aktiven **Beitrag zur Stärkung der Berliner Demokratie**. Das Engagement in Vereinen bietet auch in herausfordernden persönlichen Situationen **Halt und beugt Einsamkeit vor**.

Die Stadt Berlin motiviert zum Engagement in Vereinen und **unterstützt Engagierte finanziell**. Im Jahr 2035 stehen den Vereinen **ausreichend Flächen und Ressourcen** zur Verfügung, um für alle Interessierten zugänglich zu sein. Damit das gelingt, wurden in jedem Neubaugebiet und bei der Umgestaltung großer Freiflächen, wie etwa dem ehemaligen Flughafen Tegel, automatisch ungedeckte Sportflächen eingeplant. Die im Rahmen der Schulbauoffensive neu gebauten inklusiven Sporthallen stehen dem Sport ebenso zur Verfügung wie viele im Zuge von Sportgroßveranstaltungen renovierte Sportflächen. Die Berliner*innen werden regelmäßig und aufsuchend auf die vielfältigen Möglichkeiten hingewiesen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Es

stehen **genügend Fortbildungen** zur Verfügung, um Freiwillige für die Arbeit mit Menschen zu qualifizieren - sei es als Sporttrainer*in oder als Konfliktberater*in. Vereine haben wir durch den Abbau unnötiger Bürokratie entlastet.

Die **Mehrheit der Berliner*innen treibt im Jahr 2035 Sport** in Vereinen. Dabei entsteht Begegnung und Teamgeist ganz selbstverständlich zwischen unterschiedlichsten Berliner*innen. Inklusion wird im Sport gelebt. Sichtbar wird dies durch das Jahnstadion - Europas erstes voll inklusives Stadion. Hier können Menschen mit und ohne Einschränkungen Sport treiben und Sportveranstaltungen mitverfolgen. In jeder Kita existieren **Bewegungsangebote für die kleinsten Berliner*innen**. In Grund- und weiterführenden Schulen wird eine **größere Vielfalt an Sport und Bewegung gelehrt** als heute. Statt teurer Multifunktionsbäder ist durch funktionelle Typenschwimmhallen überall dort Wasserfläche entstanden, wo sie benötigt wird. Mobile Schwimmtrucks bieten Wasserfläche, in denen Kinder erste Schwimmerfahrten machen können. Die Nichtschwimmer-Quote der Kinder wird dadurch halbiert. In den Nachbarschaften bestehen kostenfreie und niedrigschwellige Sportangebote im öffentlichen Raum. Damit leistet das Land Berlin einen Beitrag dazu, dass sportliche Betätigung nicht vom Geldbeutel abhängt.

Dazu wollen wir

- neue Typenschwimmhallen bauen und dabei besonders Nachbarschaften berücksichtigen, die bisher noch über keine Schwimmbäder verfügen.
- in allen Berliner Kiezen Bewegungsplätze und generationenübergreifende Aktivplätze errichten.
- jede Berlinerin und jeden Berliner alle zwei Jahre auf das “Ehrenamts-Matching” der Berliner Freiwilligenagenturen hinweisen.
- dass das Bild der vielfältigen Sportmetropole in der Welt gestärkt und die Sportinfrastruktur nachhaltig gestärkt wird. Große Sportveranstaltungen und der Breitensport beleben die Stadt.
- das Vereinsinvestitionsprogramm finanziell besser ausstatten, sodass vor allem die Sportstätten kleiner Vereine profitieren.
- dass das Land Berlin als Arbeitgeber die Mitgliedschaft in Sportvereinen bezuschusst und Berliner Arbeitgeber fördert, die es dem Land gleichtun.
- die städtischen Sportstätten auch weiterhin kostenlos für Vereine zur Verfügung stellen.
- in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker dafür werben, auch im Rahmen von Bildungsurlaub Lizenzausbildungen, Übungsleiter- und Ehrenamtstrainings zu erwerben.
- mehr Berliner Unternehmen und Betriebe dazu motivieren und unterstützen, Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung für ihre Beschäftigten anzubieten.

Lebendige Nachbarschaften

Unser Zuhause ist mehr als nur die eigene Wohnung. Es ist ein Ort, der uns in ein lokales soziales Umfeld und eine gewisse **Verantwortungsgemeinschaft** einbettet. Diese Nachbarschaften sind

maßgeblicher **Bestandteil unseres Alltags** und unserer **sozialen Kontakte**. 2035 besteht Berlin aus Kiezen, in denen Nachbarschaften aktiv gelebt werden, Menschen engagiert füreinander da sind und das Miteinander eine zentrale Rolle spielt. Die Berliner*innen eint das Verständnis, gemeinsam in einer vitalen und dicht besiedelten Stadt zu leben, was tragfähige Kompromisse im Umgang miteinander erfordert - beispielsweise im Verhältnis zwischen Anwohnenden und Gastronomie-, Kultur- oder Clubeinrichtungen.

Um diese Begegnungen zu fördern und zu erleichtern, hat Berlin flächendeckend **Begegnungsorte** eingerichtet. Dies können beispielsweise ungenutzte Büro- und Ladenflächen, Bildungsorte, attraktive Sport-, Grün- und Freizeitflächen, kleinräumlich ausgerichtete **Stadtteilzentren** oder auch einfach schattige Bänke sein. Es sind einladende Aufenthaltsorte, an denen Menschen niedrigschwellig zusammenkommen, sich austauschen, sich wechselseitig unterstützen oder einfach eine gute Zeit miteinander haben. Sie begegnen sich dabei in all ihrer Unterschiedlichkeit mit Interesse, gegenseitiger **Anerkennung und Wertschätzung**.

Die Menschen verstehen sich als mitgestaltender Teil ihrer Nachbarschaft. Sie nehmen eine **Eigenverantwortung für ihr Lebensumfeld** wahr und bringen sich aktiv in dessen Ausgestaltung ein. Sie leben dabei eine **Kultur des Hinsehens** und nicht des Wegsehens. Denn gerade in einer Stadt wie **Berlin**, in der viele Menschen allein wohnen, ist es wichtig, Menschen nicht allein zu lassen und **Vereinsamung vorzubeugen**. Eine **aufsuchende Nachbarschaftshilfe** unterstützt die Berliner*innen.

Dazu wollen wir

- die Aufenthaltsqualität in Berlins Kiezen durch mehr Stadtgrün, Sitz- und Verweilmöglichkeiten sowie verkehrsberuhigte Zonen u. ä. verbessern.
- Begegnungsorte in der Stadtentwicklung und bei Neubauvorhaben stärker in den Blick nehmen.
- das Tempelhofer Feld für alle Berliner*innen zu einem weltweit beachteten, aufgewerteten grünen Begegnungsort mit hoher Aufenthaltsqualität weiterentwickeln.
- alle Berliner*innen vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum schützen und ordnungsrechtliche Maßnahmen darauf ausrichten.
- leerstehende Gewerberäume für nachbarschaftliches Engagement aktivieren.
- ein Konzept für Kiezkantinen entwickeln, in denen Menschen in jeder Berliner Nachbarschaft zusammen Kochen und Essen können.
- kiezbezogenes ehrenamtliches Engagement weiter stärken und unbürokratisch ausgestalten.
- in den Bezirkshaushalten Kiezbudgets einführen, über die Nachbarschaften gemeinschaftliche Projekte realisieren können.
- auf den bundesweiten Bemühungen aufsetzend eine ganzheitliche Berliner Strategie gegen Einsamkeit entwickeln.
- eine Mietprelsbremse für Kleingewerbetreibende einführen.

Soziale Stadt

Berlin sichert als soziale Stadt das **würdevolle Zusammenleben aller ihrer Bewohner*innen**. Im Jahr 2035 haben alle Menschen, ein gutes Leben in Berlin, die aufgrund eigener Lebensumstände nicht sicher auf ihren eigenen Beinen stehen können. **Berlin kümmert sich um alle Berliner*innen** und schafft **gleiche Entwicklungschancen** unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Bildungshintergrund und Beeinträchtigung. Die soziale Stadt erblüht im Austausch miteinander. Daher bietet unser Berlin der Zukunft viele Orte, an denen täglich Begegnungen ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten, Hintergründe, Religionen und Altersklassen ermöglicht werden.

Pfeiler der sozialen Stadt sind die Menschen, Vereine und Organisationen, die **Soziale Arbeit** in unserer Stadt leisten. Sie arbeiten zukünftig in und mit Finanzierungsstrukturen, die ihnen **längerfristige Planungssicherheit** geben als bisher. Beschäftigte bei freien Trägern des Sozialwesens leisten einen wertvollen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Stadt und die soziale Mobilität ihrer Bewohner*innen. Im Berlin 2035 werden sie daher auch angemessen entlohnt. Im Jahr 2035 ist die **Berliner Verwaltung so leistungsfähig**, dass sie das **soziale Netz der Stadt gut koordiniert** und dadurch schnell auf Missstände reagieren kann.

Der **öffentliche Raum** in unserem Berlin der Zukunft ist **so aufgeteilt und gestaltet, dass er allen Berliner*innen zugutekommt**. Die Aufenthaltsqualität außerhalb der eigenen Wohnung hat sich für die Berliner*innen deutlich verbessert. Wohnungslosigkeit ist stark rückläufig, da Berlin wirksam Prävention betreibt, betroffenen Menschen **eine schnelle Unterbringungsmöglichkeit** zur Verfügung stellt, sie bei der **Vermittlung in eine dauerhafte Wohnung** unterstützt. Suchtkranke Menschen erhalten im öffentlichen Raum Kontakt, Beratung und Unterstützung. Der **sichere Konsum in geschützten Räumen** hat den Konsum auf den Straßen abgelöst. Öffentliche Gebäude werden barrierefrei und klimaresilient gebaut. Dort, wo es möglich ist, werden Bestandsimmobilien und der **öffentliche Raum barrierefrei** für alle nutzbar und **klimaresilient umgestaltet**. Er zeichnet sich durch sichere Verkehrswege sowie sichere und saubere Aufenthaltsorte aus - kurzum entspricht er den Bedürfnissen der Berliner*innen.

Im Berlin des Jahres 2035 konnte **Armut merklich verringert** werden. Dank verbesserter Unterstützungsangebote sind in Berlin wesentlich weniger Bewohner*innen überschuldet als heute. Alleinerziehend zu sein, ist kein Armutsrisiko mehr in Berlin.

Alle Bereiche der Daseinsvorsorge sind gemeinwirtschaftlich organisiert. Öffentliche Güter und grundlegende Dienstleistungen sind dabei nicht den Mechanismen des Profits unterworfen, sondern werden innerhalb des Landes Berlin im Sinne des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der nachhaltigen Entwicklung bewirtschaftet. Somit ist sichergestellt, dass existenzielle und essenzielle Bedürfnisse Menschen in Berlin immer an erster Stelle stehen

Dazu wollen wir

- landeseigene Räume als Begegnungsorte öffnen.
- soziale Arbeit als Investition in die Zukunft verstehen und vor Haushaltskürzungen schützen.

- Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwesen eine Entlohnung auf dem Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder ermöglichen.
- Wohnungs- und Obdachlosigkeit mit Ausbau des Housing-First-Konzepts und Beratungsangeboten bis 2035 überwinden.
- Über die Stadt verteilt sichere Konsumräume schaffen, um den Drogenkonsum von den Straßen zu bekommen und Menschen bei der Überwindung der Sucht unterstützen.
- Vereine und Verbände, die Energie-, Schuldner- oder sonstige Verbraucherberatung anbieten, stärken; aufsuchende Beratungsarbeit in vulnerablen Kiezen fördern.
- die Vergesellschaftung in den Geschäftsfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge umsetzen.

Stadt der Jugend und der Familien

Im Berlin 2035 gehört die Zukunft der Jugend. Entsprechende Bedeutung messen wir den Belangen von Kindern, jungen Menschen und Familien bei. Die Stadt beteiligt Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die sie betreffen. Wir schaffen Orte im öffentlichen Raum, in denen sich junge Menschen entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen aufhalten und dabei frei entfalten können. Kinder sind besser vor physischer und psychischer Gewalt geschützt als heute.

Kinder- und Familienarmut hat im Berlin der Zukunft deutlich abgenommen. Durch das Zusammenwirken der auf Bundesebene eingeführten Kindergrundsicherung und eines verbesserten Unterstützungsnetzes konnte die gesellschaftliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien deutlich gesteigert werden.

Familien werden auch zukünftig hohen finanziellen Belastungen ausgesetzt sein. Das Land Berlin wird in Anbetracht dessen seinen Beitrag leisten, die Bezahlbarkeit Berlins für Familien zu gewährleisten. Auch in Zukunft werden staatliche Leistungen, die besonders Familien zugutekommen, gebührenfrei gehalten.

Dazu wollen wir

- eine ressortübergreifende Kinder- und Jugendstrategie erarbeiten, die verbindliche Beteiligung junger Menschen sichert und im Bezirksverwaltungsgesetz verankert wird. Die Erarbeitung erfolgt gemeinsam mit jungen Menschen und dem Landesjugendring, um Mitbestimmung auszubauen und ihre Lebensqualität zu verbessern.
- Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten von Kindern und Jugendlichen in Bezirken und auf Landesebene stärken: die bezirklichen Stellen für Kinder- und Jugendbeteiligung müssen ausgebaut werden und die Einrichtung eines Landesjugendparlaments in die Wege geleitet werden

- eine „Kids to Go“-Karte einführen. Sie eröffnet allen Menschen unter 27 Jahren kostenfreien altersgerechten Zugang zu Kinder- und Jugendfreizeitangeboten, kulturellen Veranstaltungen und sportlichen Aktivitäten. Zudem bündelt sie Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen und ihre Familien.
- den Ausbau der Kinder- und Jugendverbandsarbeit in den Bezirken fördern, um Orte des Engagements und der Demokratie langfristig zu sichern. Von Kinder- und Jugendverbänden geführte Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sollen vertraglich abgesichert werden, damit ihre Arbeit nachhaltig gesichert und den Trägern verlässliche Planungssicherheit gewährleistet wird.
- Kinder- und Jugendarbeit verlässlich finanzieren, indem Tarifsteigerungen vollständig berücksichtigt werden, die Träger eine auskömmliche Finanzierung erhalten.
- den Zugang zu Gewaltschutzambulanzen für Kinder erleichtern.
- Kinder- und Familienarmut durch den Ausbau von Beratungs- und Betreuungs- und Unterstützungsangeboten bekämpfen.
- mehr „JugendOrte“ schaffen - also mehr öffentlicher Treffpunkte für Jugendliche entsprechend ihrer Wünsche und Bedürfnisse gestalten.

ZUHAUSE

Berlin 2035 ist **eine Stadt, in der sich die Menschen wohl und zuhause fühlen**. Sich mit ihr **identifizieren**, eine Verbindung mit ihr haben. Sich einbringen und **für ihr Zuhause Verantwortung übernehmen**. Sich – gleich ob hier geboren oder „Neuzugang“ – als Berliner*in verstehen und auch **ein wenig stolz auf ihre Stadt** sind.

Die Lage auf dem **Berliner Wohnungsmarkt** hat sich **nachhaltig entspannt**. War Wohnen für die Berliner*innen noch vor wenigen Jahren einer der Hauptgründe für Sorgen und Ängste, stellen **Zu- und Umzüge nach und innerhalb Berlins keine größeren Probleme mehr** dar. Das **Wohnraumangebot** hat sich dank der Realisierung vieler Neubauvorhaben und der Entwicklung neuer Stadtquartiere **deutlich erweitert**. Zudem wird der Wohnungsbestand bedarfsgerechter genutzt, so dass überdurchschnittlicher Wohnflächenverbrauch seltener geworden ist.

Wohnen ist für die Berliner Haushalte **wieder besser leistbar**. Miete und Nebenkosten stellen kein Armutsrisiko dar. Die Berliner*innen fühlen sich **sicher in ihren Wohnverhältnissen**, unter anderem weil dem Missbrauch von Eigenbedarfskündigungen ein Riegel vorgelegt worden ist. Auch dadurch besteht insgesamt wieder ein **dynamischer Wohnungsmarkt**, auf dem jede und jeder zeitnah eine den aktuellen Lebensverhältnissen und -phasen entsprechende Wohnung findet. Dank starker Gewerkschaften und entsprechend hohen Lohnabschlüssen sowie durch bedarfsgerechte Unterstützung eines Landesprogramms können sich mehr Berliner*innen als zuvor selbst genutztes Wohneigentum in Berlin leisten.

Das **Wohnen** findet in einem **attraktiven Umfeld** statt. Geschäftsstraßen, Einzelhandel, Gastronomie und Kultur bieten eine gute wohnortnahe Versorgung. **Üppiges Stadtgrün** sorgt für Erholung und Kühle, eine **Nähe von Wohnen und Arbeiten** für kurze Wege. Es gibt ausreichend konsumfreie öffentliche Räume; **Straßen, Wege und Plätze, die für alle nutzbar sind**. Es gibt ausreichend konsumfreie öffentliche Räume; Straßen, Wege und Plätze, die für alle nutzbar sind. Die Berliner*innen schätzen ihre Nachbarschaft und vernachlässigen sie nicht. Die **Vermüllung ist einem gepflegten öffentlichen Raum gewichen**.

Mehr Wohnungen für Berlin

Der **Wohnungsneubau** hat bis 2035 in Berlin deutlich **an Fahrt aufgenommen**. In den letzten zehn Jahren ist der **Wohnungsbestand um fast 200.000 Einheiten angewachsen**. Im **Dreiklang aus öffentlichem, genossenschaftlichem und privatem Wohnungsbau** ist insbesondere das Angebot an bezahlbarem und gemeinwohlorientiertem Wohnraum in der gesamten Stadt deutlich vergrößert worden.

Neben der Verdichtung von Bestandsquartieren sind **attraktive neue Stadtquartiere** entstanden, die ganz im Sinne der **15-Minuten Stadt** eine hohe Nutzungsmischung und eine gute verkehrliche Erschließung aufweisen. Dank einer Vielzahl neuer Angebote an **Auszubildenden- und Studierendenwohnungen** ist es für junge Menschen in unserer Stadt endlich wieder leichter geworden, auch innerstädtisch bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Die **Entwicklungs-, Planungs- und Bauprozesse** sind mithilfe des Bau-Turbos und eines fortgeschriebenen Schneller-Bauen-Gesetzes **deutlich entschlackt**. Sie kosten – auch dank der Einführung von **Typengenehmigungen** und des **Einsatzes digitaler Tools sowie künstlicher Intelligenz** – weniger Zeit und Geld. Planungs- und Bauzeiten werden somit halbiert. Zudem wird **nachhaltiger gebaut**, da modulare und wiederverwertbare Bauteile verstärkt eingesetzt werden.

Im Wohnungsbau erlebt Berlin ein **neues Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl**. Neue Wohnvorhaben werden von bereits bestehenden Nachbarschaften aktiv gestaltend begleitet. **Als Ausgleich für etwaige Einschränkungen durch neue Wohnbauten wird das Bestandsumfeld attraktiver gestaltet** und mehr in Aufenthaltsqualität und Begegnungsräume investiert. Die frühzeitige verkehrliche Anbindung neuer Stadtquartiere wird von Beginn an mitgedacht und mitgeplant.

Dazu wollen wir

- ein öffentliches Wohnungsbauprogramm auflegen und dafür das Eigenkapital der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften erhöhen.

- den genossenschaftlichen Wohnungsbau u.a. mit der Realisierung von Genossenschaftsquartieren und der Vergabe landeseigener Flächen im Erbbaurecht unterstützen.
- auf Bundesebene die Abschreibungsmöglichkeiten im Mietwohnungsbau erhöhen und eine Investitionszulage für den gemeinnützigen Wohnungsbau einführen.
- planungsrechtlich verstärkt „Urbane Gebiete“, also Mischgebiete, ausweisen.
- die Errichtung von Beschäftigten-, Werks-, Studierenden- und Auszubildendenwohnungen ausweiten.
- vorhandene Potenziale stärker ausnutzen und mehr in die Höhe bauen – insbesondere bei bereits versiegelten Flächen
- die Umwandlung von Büro- und Gewerbeimmobilien in Wohnraum weiter erleichtern und gemeinsam mit der Investitionsbank Berlin ein entsprechendes Programm aufsetzen.
- die Entwicklung von Standard- und Typengenehmigungen unterstützen und somit Genehmigungskosten- und -zeiten verringern.
- modulares, nachhaltiges Bauen und die Verwendung CO2-ärmerer Baustoffe fördern („cradle2cradle“).
- den Wohnflächenverbrauch pro Kopf reduzieren und verstärkt kleinere Wohneinheiten bauen.
- die Wohnungsbaupotenziale auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel besser ausnutzen.
- die geringe Berliner Quote selbstgenutzten Wohneigentums erhöhen - insbesondere die Möglichkeit für Familien mit geringen und mittleren Einkommen verbessern, selbstgenutztes Wohneigentum zu erwerben.

Bezahlbare Mieten

Berlin ist auch 2035 **Stadt der Mieter*innen**. Durch den Neubau von Wohnungen und der klugen Regulierung unseres Mietmarktes sind bezahlbare Mieten wieder Realität. Die mietrechtlichen Vorschriften auf Bundesebene sind so reformiert, dass Berlin profitiert. Durch den Neubau von Wohnungen, einer **klugen Regulierung des Marktes** und der zielgerichteten **Stärkung gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen** sind bezahlbare Mieten wieder Realität. Auf dem Weg zu bezahlbaren Mieten nutzen wir auch die Möglichkeiten eines befristeten regionalen Mietenstopps, mit dem wir den Berliner*innen eine Atempause verschaffen.

Der **Bestand von landeseigenen Wohnungen** ist neben dem konsequent gesteigerten Neubau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen auch durch die Umsetzung des Volksentscheides “Deutsche Wohnen und Co Enteignen” und die konsequente Nutzung von Vorkaufsrechten im Rahmen einer strategischen Ankaufstrategie **auf 850.000 Wohnungen gestiegen**. Damit nimmt die Stadt wirksam Einfluss auf das Mietniveau in ganz Berlin.

Landeseigene Wohnungsunternehmen sind 2035 mit ihrer guten Vermietungspraxis **begehrte Vermieterinnen** und zugleich Vorbild für private Vermieterinnen. Sie leisten einen zentralen

Beitrag zum gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt und bewirtschaften die Wohnungsbestände sozial gerecht und nachhaltig.

Gegen Leerstand, Verfall von Immobilien und spekulativen Wohnraumverlust geht Berlin schnell und effektiv vor. Die Verwaltung ist im Bereich Wohnen neu aufgestellt. Relevante **Zuständigkeiten zu Wohnungsangelegenheiten**, auch solche die bisher bei den Bezirken lagen, sind **in einem Landesamt** bürger*innennah gebündelt. Die **Mietpreisprüfstelle** ist ein Erfolgsmodell, das die Berliner*innen bei Verdacht auf überhöhte Mieten und Wucher niedrigschwellig unterstützt. Alle Mieter*innen können vermutete Verstöße gegen das Mietrecht leicht und digital staatlichen Stellen melden. Hier werden Verstöße effektiv verfolgt und Bürger*innen **Erste Hilfe gegen Mietrechtsbruch** geleistet.

Private Vermieterinnen leisten einen eigenen, spürbaren Beitrag für bezahlbare Mieten. Auch sie stellen einen Teil Ihres bisherigen und **neu zu bauenden Wohnungsbestandes für Haushalte mit niedrigem Einkommen zur Verfügung**. Alleinerziehende, junge Menschen und andere Bedarfsgruppen werden dabei besonders berücksichtigt. Leerstand, Flächenbrachen und bis zur Unbewohnbarkeit verwahrloster Wohnraum gehören der Vergangenheit an. Die Berliner Verwaltung setzt bei entsprechenden Verstößen entschlossen das Recht durch. Damit Mietwohnungen den Mieter*innen tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die Anzahl an **Eigenbedarfskündigungen** ist durch strengere Regulierung des Mietrechts **stark zurückgegangen**. Zwangsräumungen sind durch frühere und bessere Zusammenarbeit mit den Sozialbehörden ebenfalls rückläufig und enden nicht in Wohnungslosigkeit der Betroffenen.

Berlin gewährleistet eine **bezahlbare, ökologisch nachhaltige und verbraucher*innenfreundliche Versorgung mit Wärme**. Bei der Wärme- und Energiewende kommt der Fernwärme eine zentrale Rolle zu. Um die Menschen vor zu hohen Nebenkosten zu schützen, wurden Einfallstore für Preissteigerungen und fehlerhafte Abrechnungen geschlossen.

Dazu wollen wir

- in landeseigenen Wohnungen Mieterhöhungen auf die Inflationsrate (höchstens jedoch 6 Prozent in drei Jahren) begrenzen.
- das Leistbarkeitsversprechen weiterentwickeln: in landeseigenen Wohnungen darf die maximale Bruttokaltmiete 27 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens nicht übersteigen.
- Zuständigkeiten zentralisieren: geeignete Themen im Bereich Wohnungsangelegenheiten und für das Wirtschaftsstrafgesetz werden in einem Landesamt zusammengeführt.
- Kontrollinstanzen auf Bezirks- und Landesebene personell und strukturell ertüchtigen.
- die restriktive Regulierung von möblierten Wohnungen und Zeit-Mietverträgen sowie ein allgemeines Verbot dieser Vertragsgestaltungen in Milieuschutzgebieten durchsetzen.
- Vermieter*innen verpflichten, bei Neuvermietungen einen Teil ihres Wohnungsbestandes als WBS-Wohnungen anzubieten.

- die Möglichkeit der Enteignung von Wohneigentum bei systematischen Verstößen gegen Mietrecht schaffen.
- bei Zwangsräumungen, bei denen vulnerable Gruppen wie Alleinerziehende, Kinder, Senior*innen oder Menschen mit Behinderungen involviert sind, durch die soziale Wohnhilfe sicherstellen, dass die Personen nicht obdachlos werden.
- die verpflichtende Durchführung eines Mediationsverfahrens vor der Einleitung einer Zwangsräumung regeln.
- Förderprogramme für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum, auch genossenschaftlichem Eigentum, für Familien mit kleinen bis mittleren Einkommen ausweiten und Mietkaufmodelle auf dem privaten Wohnungsmarkt in eine breitere Anwendung bringen.

Lebensphasenorientiertes Wohnen

Berlin 2035 bietet seinen Bewohner*innen **Wohnraum, der ihren Bedürfnissen entspricht**. Familien haben Wohnungen mit ausreichend Platz, der allen Familienmitgliedern die freie Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht. Berlin ist 2035 keine Stadt des überwiegenden Alleinwohnens, sondern hat Möglichkeiten für eine **Stadt des Zusammenlebens** geschaffen. Auch durch das Zusammenziehen von zwei oder mehrerer Ein-Personen-Haushalten nimmt Einsamkeit ab und es werden Wohnungen frei – **Wohnraum** wird somit **im Bestand geschaffen**. Die Bedürfnisse **besonders vulnerabler Gruppen** wie Studierende, Auszubildende und Ältere nimmt die Stadt zukünftig stärker in den Blick. Die **Unterstützung von Wohnformen, in denen gemeinsame Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden**, hat im Berlin der Zukunft Priorität.

Auszubildende und Studierende leben dank der **“WG-Garantie”** in für sie bezahlbaren Wohnungen. Durch die **Errichtung** eines gemeinsamen **Auszubildenden- und Studierendenwerkes** stellt Berlin deutlich mehr landeseigenen Raum für junges Wohnen zur Verfügung. Das Auszubildenden- und Studierendenwerk schafft in Kooperation mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Berliner Betrieben **Wohnheimplätze für Berliner Auszubildende**. Dieses Angebot an Wohnraum sorgt unter anderem dafür, dass die Zahl an unterschriebenen Ausbildungsverträgen kontinuierlich steigt. Die Berliner Azubi-Wohnheime zeichnen sich durch **Mitbestimmungsstrukturen für ihre Bewohner*innen** aus, die sich vom Community Management bis zum Vorstand des Azubi-Werks für ihre Wohnform engagieren können. Vernetzungs- und **Beratungsstrukturen für die Auszubildenden** stellen ein soziales Netz zur Verfügung, um besonders in herausfordernden Phasen der Ausbildung zu unterstützen.

Das Wohnen im Alter ist im Berlin 2035 dynamischer, selbstbestimmter und von mehr sozialem Kontakt geprägt. **Ältere Menschen** können aus zu groß gewordenen Wohnungen ausziehen und finden **bezahlbaren Wohnraum, der auf ihre Bedürfnisse abgestimmt** ist. Der steigende Anteil der älteren Bevölkerung über 65 lebt im Berlin des Jahres 2035 mitten unter allen anderen in

sozial durchmischten Nachbarschaften. Ermöglicht wird diese Durchmischung dadurch, dass barrierefreies und bezahlbares Wohnen zum Berliner Standard wird. Alternative, an verschiedenen Lebensphasen orientierte Wohnformen werden staatlich gefördert. Wesentlich mehr Berliner*innen als heute leben in **Mehrgenerationenhäusern und in so genannten Clusterwohnungen** – also mehrere abgrenzbare Wohneinheiten mit gemeinsam genutzten Gemeinschaftsräumen.

Dazu wollen wir

- 400-Euro-WG-Garantie für Studierende und Auszubildende durchsetzen - durch vollständige Inanspruchnahme der verfügbaren Bundesmittel und Neubau von Wohneinheiten.
- das studierendenWERK zu einem studi+azubiWERK umbauen, das die Studierendenwohnheimplätze ausbaut und bis 2035 mindestens 1.000 Azubi-Wohnheimplätze schafft.
- einen “Wir-ziehen-zusammen-Bonus” einführen: Zusammenziehende Personen erhalten dabei eine als zinsloses Darlehen ausgezahlte Prämie pro freigewordene Wohnung, dessen Rückzahlung erlassen wird, sobald die Personen zwei Jahre im neubegründeten Haushalt zusammenleben.
- den Wohnungswechsel unterstützen: Wer innerhalb der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine große zugunsten einer kleineren Wohnung freimacht, erhält Umzugshilfe und zahlt in der neuen Wohnung weiterhin einen am ursprünglichen Wert orientierten Quadratmeterpreis.
- Alleinerziehenden-WGs finanziell fördern.
- die Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen stärker verbinden mit der Errichtung von Beschäftigten-, Werks- und Auszubildendenwohnungen.
- im städtischen Wohnungsbau einen größeren Fokus auf die Errichtung von Cluster-Wohnungen und Mehrgenerationenhäusern legen.
- Aufklärungskampagnen zum gemeinschaftlichen Mieten in landeseigenen Wohnungen starten.
- in Berliner Einkaufszentren kostenfreie Indoor-Spielplatzangebote für Familien schaffen.

Zukunftsort Berlin

Berlin ist 2035 eine **Metropole, in der Zukunft gelebt und entwickelt wird**. Eine kooperative Metropole, die insbesondere bei den **großen Herausforderungen unserer Stadt ressort- und ebenenübergreifend denkt, plant und handelt**. Eine intelligente Metropole, die **Daten und urbane Technologien** für ihre weitere Entwicklung sinnvoll einsetzt.

Das ressort- und ebenenübergreifende Arbeiten hat dazu geführt, Schubladendenken zu überwinden. Land und Bezirke sowie die verschiedenen Fachressorts untereinander arbeiten gemeinschaftlich an **ganzheitlichen Lösungen** für unsere Stadt. Dies führt u.a. dazu, dass **Bauvorhaben besser koordiniert und Baustellen somit reduziert und schneller zum Abschluss**

gebracht werden. Zudem werden vorhandene städtische Infrastrukturen für zusätzliche ergänzende Zwecke genutzt – wie beispielsweise Straßenlaternen zum Laden von Handys.

In seiner Stadtentwicklung bedient sich Berlin verstärkt seiner – auch dank der vorangeschrittenen Digitalisierung – exzellenten Datenbasis. Ein **digitaler Zwilling Berlins** unterstützt bei der Suche nach optimalen Lösungen in der Stadtentwicklung. **Stadt- und Quartiersmodelle** können so **simuliert** und die jeweiligen Vor- und Nachteile qualifiziert gegeneinander abgewogen werden.

Die **Berliner Zukunftsorte** sind Stadträume, in denen für all unsere Lebensbereiche vorausschauende Lösungen entwickelt werden. Die enge Verbindung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat **starke Ökosysteme** hervorgebracht. Ganz nach dem Vorbild Adlershofs stehen auch die anderen Zukunftsorte für eine dynamische und vernetzte Stadtentwicklung und zukunftsfähigen Aufbruch.

Dazu wollen wir

- das ressort- und ebenenübergreifende Arbeiten in der Berliner Verwaltung über entsprechende Projektstrukturen deutlich ausweiten.
- vorhandene Daten stärker für eine intelligente Stadtentwicklung nutzen.
- den bestehenden Ansatz der Berliner Zukunftsorte strategisch weiterentwickeln und die Kooperation der Zukunftsorte untereinander bei Querschnittsthemen ausbauen.
- nach dem Auslaufen der bundesweiten Smart-City-Modellprojektförderung u.a. mit Strukturen wie dem CityLAB für Verstetigung sorgen.
- den nationalen und internationalen Austausch führender Smarter Städte weiter ausbauen, um untereinander von den Besten zu lernen und gute Lösungen anderer Städte auf Berlin zu übertragen.

Unsere grüne Stadt

Die Grün- und Wasserflächen sind im Jahr 2035 einer der größten Wohlfühlfaktoren Berlins. In einer vom Klimawandel gezeichneten Welt **schenkt uns unser Stadtgrün Abkühlung** und macht Berlin damit **klimaresilienter**. Alle Berliner*innen haben wohnortnah Zugang zu Grünanlagen. Die öffentlich zugänglichen Naturflächen dienen als **Rückzugsort der physischen und mentalen Gesundheit** - besonders für Menschen, die es sich nicht leisten können, für Erholung vom Alltagsstress Geld auszugeben. Sie dienen als Begegnungsort für größere Gruppen und ermöglichen sportliche Aktivitäten im Freien.

Verantwortung für unsere städtische Natur tragen **sowohl die Stadtgesellschaft als auch die Politik**. Jede einzelne Berlinerin und jeder einzelne Berliner leistet durch umsichtige und wertschätzende Behandlung des öffentlichen Raumes einen Beitrag zum Erhalt unserer Naturflächen und gegen die Vermüllung. Das **Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen** für den Umweltschutz in unserer Stadt wird vom Land Berlin **unterstützt**. Das Land Berlin geht

mit der Formulierung eindeutiger Ziele und Gesetzgebung zur **Förderung der Biodiversität** voran. In jedem Stadtteil bestehen 2035 **Naturbildungsangebote**, die sich an Berliner*innen aller Altersgruppen richten. Berlin leistet, entsprechend den europarechtlichen Vorgaben, seinen Beitrag zur Wiederherstellung der Natur. Spätestens **ab 2031** wird Berlin einen **zunehmenden Anteil an städtischen Grünflächen sicherstellen**.

Berlin 2035 ist **Schwammstadt**. Unser Regenwasser wird vollständig vor Ort zurückgehalten und kann bei Bedarf genutzt werden, verdunsten oder versickern. Hierfür haben wir nicht nur Grünflächen erhalten, sondern sind in der **Entsiegelung unserer Stadt vorangegangen**. Das Land Berlin initiiert Projekte und unterstützt Initiativen zur Stärkung der blauen Infrastruktur Berlins. Wer im Sommer nach Abkühlung in einem Berliner See oder Fluss sucht, kann wohnortnah fündig werden. Auch im Berlin der Zukunft ist die **Wasserqualität unserer Stadtgewässer - in Seen und Flüssen - so gut, dass Berliner*innen bedenkenlos in ihnen baden können**.

Dazu wollen wir

- ein Berliner Klimaanpassungsgesetz mit folgenden Zielen: alle 15 Meter ein Straßenbaum, Bepflanzungsrecht der Berliner*innen für Beete der Stadtbäume, 2-Grad-Kühlung für alle Hitzeviertel durch entsprechende Maßnahmen, stadtweite Hitzeaktionspläne und wissenschaftlicher Risikowetterrat.
- in Maßnahmen investieren, die die Wasserqualität in unseren Stadtgewässern erhöhen bzw. erhalten und mindestens eine Badestelle an der Spree eröffnen.
- Beton- und Asphaltflächen, die in der Regel nur tagsüber genutzt werden, wie z.B. Parkplätze, begrünen.
- Renaturierungsprogramme von Oberflächengewässern fördern und aktiven Uferschutz betreiben.
- mit gutem Beispiel vorangehen und alle landeseigenen Gebäude je nach baulicher Möglichkeit an Fassade und Dach begrünen.
- mehr Biodiversität durch natürlich wachsende Straßenbegleitgrünflächen.
- bürokratische Hürden für Entsiegelungsprojekte und Gebäudebegrünung abbauen und einen entsprechenden jährlichen Wettbewerb ins Leben rufen.
- einen Naturschutzaktionstag in Berlin einführen, an dem stadtweit Projekte und Aktionen unter breiter Beteiligung der Berliner*innen stattfinden.

SICHERHEIT

Berlin im Jahr 2035 ist eine Stadt, in der Menschen **in Sicherheit leben und sich in Freiheit voll entfalten** können. Berliner*innen fühlen sich sicher im öffentlichen Raum, in ihren Nachbarschaften, in der digitalen Welt und in der Gewissheit, dass ihre Verwaltung funktioniert.

Sicherheit bedeutet hier mehr als die Abwesenheit von Bedrohung. Sie ist Ausdruck sozialer Stabilität, verlässlicher Strukturen und einer Stadtgemeinschaft, die niemanden zurücklässt.

Die urbane Sicherheit der Zukunft **fußt auf kluger Sozialraum- und Stadtentwicklung**. Soziale Spaltung und Verteilungskämpfe haben sich in Berlin nicht verfestigt. Dunkle Angsträume sind verschwunden, Racial Profiling ist überwunden. **Alle Berliner*innen**, insbesondere auch Frauen, queere Menschen, ethnische und religiöse Minderheiten, **bewegen sich angstfreier** durch die Stadt. Die Polizei begegnet den Berliner*innen auf Augenhöhe, arbeitet in den Kiezen integriert und ist Ansprechpartnerin vor Ort. **Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sind gleichrangig** – so ist die Zahl der Straftaten deutlich zurückgegangen. Organisierte Kriminalität und Geldwäsche haben an Einfluss verloren. Die Aufklärungsquoten im Bereich Cyberkriminalität sind spürbar gestiegen.

Ein weiteres **Fundament der urbanen Sicherheit bildet die Verwaltung**. Berlin 2035 ist eine Stadt, in der Behörden sich als aktive Dienstleister verstehen. Alle **wesentlichen Prozesse sind digitalisiert** und verschlankt, Bürger*innen können rund um die Uhr mit der Verwaltung interagieren. **Klare Zuständigkeiten und das Denken in Verantwortung** haben das frühere „Behörden-Pingpong“ abgelöst. Serviceorientierung, Transparenz und moderne Arbeitsbedingungen machen die Verwaltung leistungsfähig und die Beschäftigten zufrieden. Die Berliner Bevölkerung ist in ihrer **Diversität** besser **im öffentlichen Dienst** repräsentiert als heute. So wird das Vertrauen der Menschen in staatliche Institutionen gestärkt.

Sicherheit in Berlin 2035 heißt auch, **frei von Gewalt und der Angst vor Gewalt** leben zu können. Kinder wachsen in einem Umfeld auf, das sie schützt und fördert. Frauen können ihr gewalttätiges Umfeld verlassen, queere Menschen leben ihre Liebe offen, Minderheiten sind besser geschützt. Gewaltprävention ist Teil des Alltags in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen. **Projekte gegen Jugendgewalt** sind verstetigt, spezialisierte Jugendkommissar*innen arbeiten eng mit Schulen und Sozialdiensten zusammen. Ein Netz aus Prävention und Unterstützung verhindert Gewaltkarrieren.

Zur Sicherheit der Stadt gehört ebenso die Gesundheit ihrer Bewohner*innen. Deutschland hat in den vergangenen Jahren die **Zwei-Klassen-Medizin überwunden** und für gleiche Zugänge gesorgt. In allen Bezirken stehen ausreichend ambulante Praxen und Versorgungszentren zur Verfügung, die neben der medizinischen auch eine soziale Versorgung mit übernehmen. Berlins Krankenhauslandschaft ist modernisiert und spezialisiert, so dass auch für komplexe Krankheiten Zentren zur Verfügung stehen, die eine hohe Qualität der Versorgung garantieren. Im medizinischen Notfall arbeiten Rettungsdienst, Krankenhäuser und ambulanter Notdienst eng zusammen, um Patient*innen schnell und unbürokratisch helfen zu können. Die pflegerische Versorgung für eine alternde Berliner Gesellschaft wird durch ein dichtes Netz an Pflegestützpunkten sowie ambulanten und stationären Pflegediensten sichergestellt. Interkulturelle Pflegeangebote sind vorhanden. **Psychologische Hilfe** ist flächendeckend verfügbar, Suchterkrankungen werden entstigmatisiert und begleitet. Prävention beginnt schon in Kitas und Schulen, sie wird in Nachbarschaften gelebt. Dafür arbeiten Land, Bezirke und Krankenkassen eng zusammen und finanzieren gemeinsam Präventionsmaßnahmen.

Klimaschutz und Gesundheitsschutz gehen Hand in Hand: Berlin ist **auf Hitzewellen** und neue Gesundheitsrisiken **vorbereitet**.

So ist Berlin im Jahr 2035 eine Stadt, die Sicherheit umfassend denkt. Sie schützt nicht nur vor Straftaten, sondern auch vor allen Formen von Gewalt, Krankheit und (sozialen) Unsicherheiten im Alltag. Dadurch bietet sie den Berliner*innen die Freiheit, das eigene Leben ohne Angst und in Vertrauen auf eine solidarische Stadtgesellschaft zu gestalten.

Sichere Metropole

Berlin 2035 ist eine weltoffene und vielfältige Metropole, die ihren Bewohner*innen die persönliche und soziale Sicherheit garantiert. Trotz etwaiger nach wie vor bestehender innerer und äußerer Bedrohungslagen **vertrauen** sie **auf die Wirkkraft von Sicherheitsbehörden und Justiz**. Durch eine **kluge Finanz-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik** hat Berlin die drohende soziale Spaltung und sozialräumliche Polarisierung umgangen. Die **gestiegene soziale Sicherheit** hat sich in der **verbesserten persönlichen Sicherheitslage** niedergeschlagen: Es werden weniger Straftaten begangen, weil starke Prävention, Gefahrenabwehr und entschlossene Strafverfolgung sich ergänzen.

Berliner*innen haben **Gewissheit, dass Regelverstöße** – gleich, von wem begangen – **konsequent und zeitnah geahndet werden**. Betroffene werden unterstützt. Es gilt die **Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren**. Der Fokus auf die organisierte Kriminalität in der Verbrechensbekämpfung hat sich ausgezahlt. Schutzgelderpressungen, durch die kriminelle Strukturen ihre Dominanz auf Berlins Straßen früher zur Schau gestellt haben, gehören nicht mehr zum Alltag unserer Gewerbetreibenden. **Steuerhinterziehung und Geldwäsche** haben wesentlich **höhere Verfolgungs- und Aufklärungsquoten als heute**, wodurch das Land Berlin erhebliche Einnahmen generiert. Die Aufklärungsquote von Straftaten, die online oder durch Nutzung des Internets begangen werden, ist deutlich gestiegen. Auch Straftaten und Ordnungswidrigkeiten unterhalb dieser Schwelle, die aber das gesellschaftliche Zusammenleben besonders belasten können, wie **Verkehrsverstöße und Umweltdelikte**, werden erfolgreicher verfolgt als heute. Die Bürger*innen nehmen das konsequentere Handeln als gerecht wahr und unterstützen es. Sie leben eine **Kultur des Hinsehens** anstelle eines Wegschauens.

Alle Menschen können sich frei von Ängsten durch die Stadt bewegen - insbesondere Frauen, queere Menschen, ethnische und religiöse Minderheiten fühlen sich auf den Straßen sicherer als heute. **Racial Profiling ist keine Gefahr** mehr für nicht-weiße Menschen. Dunkle, schlecht einsehbare Räume sind auf Berlins Straßen **nicht mehr vorzufinden**. Kein Ort wird als No-Go-Area wahrgenommen. Dies gelingt durch stärkere **Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten in der Stadtentwicklung**. Stadtraum-, Grünflächen- und Lichtkonzepte beinhalten verstärkt Maßnahmen für ein höheres Sicherheitsgefühl. Auch in die **Kritischen Infrastrukturen** und den **Katastrophenschutz** wurde und wird u.a. mithilfe des Sondervermögens investiert. Die **deutsche Hauptstadt** ist für potenzielle Bedrohungslagen **resilient aufgestellt**.

Die höhere Wirkkraft im Bereich der Sicherheit verdankt Berlin auch einer **modernen und bedarfsgerechten Ausstattung** von Polizei, Feuerwehr, Justiz sowie Steuerbehörden, Zoll und Ordnungsämtern. Dies betrifft Gebäude, Material und digitale Infrastruktur ebenso wie personelle Ressourcen. Die Arbeitsbedingungen im Dienst sind so attraktiv, dass genug qualifizierte Polizeianwärter*innen rekrutiert werden und die Beamt*innen leistungsfähig und motiviert arbeiten können.

Die **Hauptstadtpolizei der Zukunft** ist so divers wie Berlin selbst und sorgt damit für stärkere Akzeptanz in der Stadtbevölkerung. Sie arbeitet in den Kiezen integriert, begegnet den Berliner*innen auf Augenhöhe und steht als Ansprechpartnerin vor Ort zur Verfügung. Die **Beziehung zwischen Communities**, die nicht Teil der Mehrheitsgesellschaft sind, **und den Sicherheitsbehörden** hat sich deutlich verbessert.

Die höhere Wirkkraft im Bereich der Sicherheit verdankt Berlin auch einer **modernen und bedarfsgerechten Ausstattung** von Polizei, Feuerwehr, Justiz sowie Steuerbehörden, Zoll und Ordnungsämtern. Dies betrifft Gebäude, Material und digitale Infrastruktur ebenso wie personelle Ressourcen. Die **Sicherheitskräfte erfreuen sich einer hohen Wertschätzung** durch die Berliner*innen. Übergriffe auf Rettungs- oder Polizeikräfte gehören der Vergangenheit an. Dank effizienter und digitaler Prozesse haben Sicherheits- und Ordnungskräfte mehr Ressourcen für das **Kümmern vor Ort**.

Dies gilt auch für eine **stärkere Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten in der Stadtentwicklung**. Stadtraum-, Grünflächen- und Lichtkonzepte beinhalten verstärkt Maßnahmen für ein höheres Sicherheitsgefühl. Auch in die **Kritischen Infrastrukturen** und den **Katastrophenschutz** wurde und wird u.a. mithilfe des Sondervermögens investiert. Die **deutsche Hauptstadt** ist für potenzielle Bedrohungslagen **resilient aufgestellt**.

Dazu wollen wir

- Quartiersmanagements auf weitere Nachbarschaften auszudehnen, besonders bei frühen Anzeichen, dass ein Kiez zu kippen droht.
- die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte personell und materiell aufstocken, um Verfahrensdauern zu verkürzen und Aufklärungsraten zu erhöhen.
- bei der Staatsanwaltschaft eine Spezialabteilung für Wirtschaftskriminalität einrichten, die einen neuen Fokus auf die Verfolgung von Geldwäsche, Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung legt.
- die Polizei für die Verfolgung von Cyberkriminalität technisch besser ausstatten.
- das Community Policing Konzept implementieren: Zusätzlich zu Polizist*innen, die Straftaten verfolgen und aufklären, werden in allen Kontaktbereichen Polizist*innen eingesetzt, die sich ausschließlich der Prävention, der „Bündnisarbeit“ mit Akteur*innen im Quartier (Schule, Soziale Arbeit, etc.) und dem Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern widmen.
- die Kontrollbehörden in die Lage versetzen, ihre Aufgaben flächendeckend wahrnehmen zu können.

- den Zeitraum zwischen Delikt und Ahndung verkürzen, um deutlich zu machen, dass unrechtmäßiges Handeln Konsequenzen hat.
- insbesondere in Kriminalitätsschwerpunkten Präventionsmaßnahmen intensivieren.
- Sauberkeit und Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr erhöhen.
- eine ganzheitliche Strategie für Katastrophenschutz und Kritische Infrastrukturen entwickeln und umsetzen.

Funktionsstarke Verwaltung

Berlins Verwaltung im Jahr 2035 funktioniert. In den vergangenen zehn Jahren hat sie einen tiefgreifenden **Mentalitätswechsel** durchlaufen. **Bezirks- wie Landesbeschäftigte** verstehen sich als **Dienstleistende** für Bürger*innen und Institutionen. Sie haben eine starke Serviceorientierung und **handeln** – dort wo möglich – **proaktiv**. So erhalten die Berliner*innen beispielsweise sechs Monate vor Auslaufen ihrer Personaldokumente einen Hinweis auf die notwendige Verlängerung.

Das hängt auch damit zusammen, dass **sämtliche Verwaltungsprozesse** mittlerweile **digital** angeboten und zum überwiegenden Teil auch digital abgewickelt werden. Faxe und langwierige postalische Briefwechsel gehören der Vergangenheit an. Das **Bürgeramt** ist **nur noch einen Klick entfernt**. Zudem müssen **Daten nur noch einmal erfasst** werden.

Die **Digitalisierung der Verwaltung**, der verstärkte **Einsatz künstlicher Intelligenz** sowie deutlich vereinfachte und entschlackte Prozesse erleichtern nicht nur das Leben der Berliner*innen, sie setzen innerhalb der Verwaltung **personelle und finanzielle Ressourcen** frei. Der altersbedingte Generationenwechsel kann daher gut aufgefangen werden. Gleichzeitig können sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stärker **auf Qualität, das Erbringen von Dienstleistungen und das Durchsetzen von Regeln konzentrieren**.

Dank einer ambitionierten **Fortschreibung der Verwaltungsreform** gibt es eine **klare Verantwortungsaufteilung zwischen Land und Bezirken** sowie zwischen den jeweiligen Fachressorts. Das noch vor zehn Jahren übliche Behörden-Pingpong ist daher heute unmöglich. **Klare Fristen und Genehmigungsfiktionen** beschleunigen bisher oftmals langwierige Prozesse.

Dank der Verwaltungsreform und höherer, flexibel einsetzbarer Budgets haben die **Bezirke neue Handlungsspielräume** gewonnen. Sie sind die Orte, an denen die Bürger*innen am häufigsten mit Staat und Verwaltung in Berührung kommen und das Leben in ihren Kiezen am stärksten prägen.

Die diversen Transformationsprozesse haben die öffentliche Verwaltung grundlegend verändert. Die **Berliner*innen** erkennen die erreichten Fortschritte an und weisen inzwischen eine **überdurchschnittliche Zufriedenheit mit ihrer Verwaltung** auf. Und auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind mit ihrer Tätigkeit und ihrem Arbeitgeber deutlich zufriedener. Um für Fachkräfte attraktiver zu sein, hat das **Land Berlin viel in seine Qualitäten als Arbeitgeber investiert**. Und auch in die **Verwaltungsgebäude** wurde baulich und technisch investiert, so dass

Beschäftigte wie Bürger*innen in einem modernen und ansprechenden Umfeld zusammenkommen.

Dazu wollen wir

- sämtliche Verwaltungsprozesse einer Aufgabenkritik unterziehen sowie vereinfachen und digitalisieren.
- Best Practice-Lösungen aus anderen Bundesländern/ Kommunen übernehmen.
- die Verwaltungsreform evaluieren und fortschreiben.
- Projektstrukturen innerhalb der öffentlichen Verwaltung ausbauen.
- das Konnexitätsprinzip konsequent umsetzen.
- Gehaltsunterschiede zwischen Bezirks- und Landesebene abschaffen.
- eine Führungskultur etablieren, die Verantwortungsübernahme und Entscheidungswillen stärkt.
- Berlin und seine Landesunternehmen als gute Arbeitgeber positionieren.
- ein Investitionsprogramm für die Modernisierung öffentlicher Gebäude auflegen.

Gewaltfreies Berlin

In unserer Stadt der Zukunft können alle Berliner*innen ohne Angst um die eigene körperliche Unversehrtheit und Integrität in Freiheit leben. **Besonders Minderheiten und die Schwächsten unserer Gesellschaft sind besser vor Gewalt geschützt als heute. Delikte, die Frauen zu Opfern machen,** entwickeln sich **rückläufig**. Jeder Frau ist es möglich, ihr gewalttätiges Umfeld zu verlassen. Queere Menschen müssen keine Angst mehr haben, ihre Liebe offen auszuleben. Die Anzahl der in Berlin gemeldeten queerfeindlichen Übergriffe sinkt aufgrund der wirksamen Präventionsarbeit.

Kinder und Jugendliche wachsen unabhängig von ihrem Elternhaus in **sicheren Lebensbedingungen** auf, in denen sie sich frei entfalten können. Sie müssen weder häusliche Gewalt noch Gewalt von anderen Kindern und Jugendlichen fürchten. Die **Gefährdung von Kindeswohl** wird vom sozialen Sicherheitsnetz unserer Bildungseinrichtungen **rechtzeitig erkannt** und konsequent gehandelt. Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche sind nicht länger einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Gewalt und Kriminalität zu erfahren.

Die Zahl **jugendlicher Mehrfach- und Intensivtäter*innen** hat **deutlich abgenommen**. Das Angebot an Jugendfreizeitangeboten ist stadtweit ausgebaut. Projekte zur Prävention von Jugendgewalt sind verstetigt und **kooperieren eng mit Schulen und Freizeiteinrichtungen**. Kinder und Jugendliche, die drohen, in eine kriminelle Karriere abzurutschen, erhalten ein aufsuchendes Angebot **psychotherapeutischer Betreuung**. In jedem Polizeiabschnitt arbeiten Beamt*innen, die auf die Arbeit mit straffälligen Jugendlichen spezialisiert sind und zur Prävention eng mit Jugendämtern, Schulen und Staatsanwaltschaften zusammenarbeiten.

Dazu wollen wir

- in Präventions- und Sensibilisierungsarbeit investieren, Projekte verstetigen und stadtweit ausbauen: In Kitas, Schulen und in der (Jugend-)Sozialarbeit.
- die Kapazitäten der psychotherapeutischen und psychosozialen Betreuung deutlich erweitern.
- die Ressourcen für spezialisierte Anlaufstellen für Gewaltopfer erhöhen.
- die Zahl der Frauenhausplätze ausbauen.
- armutsgefährdete Kinder und Jugendliche durch ein soziales Netz vor Gewalt und Gewaltkarrieren schützen: Von der „Frühen Hilfe“ rund um die Geburt, den Stadtteilmüttern, einem flächendeckendem Kita-Angebot, verlässlichen Ganztagschulen, Schulsozialarbeit, freier Jugendarbeit bis zu Jugendberufsagenturen und Familienbildung.
- spezialisierte Jugendkommissare in jedem Polizeiabschnitt einführen, die ausschließlich auf die Arbeit mit straffälligen Jugendlichen spezialisiert sind und zur Prävention eng mit Jugendämtern, Schulen und der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten.

Gesunde Stadt

Im Jahr 2035 ist die Gesundheit aller Berliner*innen sicher und gut versorgt. Die Stadt hat eine Infrastruktur geschaffen, die hilft, **Krankheiten früh zu verhindern, Gesundheit zu fördern und soziale Unterschiede** bei der Gesundheitsversorgung **abzubauen**. Egal, woher jemand kommt, wie alt oder welches Geschlecht er oder sie hat – alle bekommen dieselbe gute medizinische Versorgung und können am Fortschritt der Medizin teilhaben. Die Gesundheitsversorgung ist in Berlin gleich verteilt, so dass der **Grundbedarf in jedem Stadtteil niedrigschwellig erreichbar** ist. Klimaschutz und -Anpassungsmaßnahmen werden als Teil des Gesundheitsschutzes begriffen. Das Gesundheits- und Pflegesystem ist **auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet**. Digitale Medizintechnik unterstützt Fachkräfte mit dem Ziel, Jobs attraktiver zu gestalten und mehr Zeit für Kernaufgaben zu schaffen. Zudem bietet sie **technische Lösungen, die Bürokratielast lindert** und Prozesse automatisiert.

Die gesunde Stadt ist Ausdruck der sozialen Stadt. Durch die Bekämpfung der Armut hat sich in Berlin auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung deutlich verbessert. Dank einer Reform auf Bundesebene ist die **Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin** geglückt: Die Behandlung der Berliner*innen erfolgt nach Krankheitsbild, nicht nach der Form ihrer Versicherung. Wohnungslosigkeit als größtes individuelles Gesundheitsrisiko ist entscheidend zurückgedrängt. Die **Gesundheitskompetenz der Berliner*innen** konnte durch den **Ausbau der Präventionsstrukturen** erhöht werden. Die Beschäftigung mit dem eigenen Körper und der Frage, was Gesundheit eigentlich ist, beginnt bereits in der Kita und in Schulen. Dafür werden den Kindern **frühestmöglich Bewegungsangebote** gemacht. **Gute Ernährung** ist ab der Kita Bildungsinhalt. Frauen sind im Berlin der Zukunft gesünder, weil die Forschung zu frauenspezifischen Krankheitsbildern weiter ist als heute, **Frauengesundheit sichtbarer** ist und körperliche Beschwerden von Frauen ernst genommen werden. **Männer** leben gesünder und

länger als heute, weil sie öfter einen Arzt oder eine Ärztin aufsuchen und sich insbesondere bei psychischen und Suchterkrankungen schneller Hilfe holen.

Arztpraxen sind im Berlin der Zukunft so verteilt, dass der bestehende Bedarf abgedeckt ist. „**Kombi-Praxen**“ finden sich in jedem Bezirk. Sie dienen den Berliner*innen nach dem Beispiel erweiterter medizinischer Versorgungszentren (MVZ) als **niedrigschwelliger Anlaufpunkt** - sowohl für die ärztliche Versorgung als auch für **Gesundheits- und Sozialberatung**. Zusätzlich zu ihrer heutigen Funktion sind sie für besonders vulnerable Gruppen wie z.B. ältere, suchterkrankte und queere Menschen ein Ort der Vernetzung zu gesundheitlichen Themen.

Die Berliner **Krankenhauslandschaft** im Jahr 2035 stellt eine **hochwertige Versorgung** sicher. Dies gelingt durch die **medizinische Spezialisierung** und Konzentration der Krankenhäuser. Die Versorgung im Notfall ist durch eine enge und integrierte Zusammenarbeit von Rettungsdienst, Krankenhäusern und ambulantem Notfalldienst stets zeitnah und unbürokratisch gewährleistet. Wenn es möglich ist, werden Patient*innen ambulant behandelt, um die Krankenhäuser zu entlasten. Die Berliner Krankenhäuser arbeiten eng mit Forschungseinrichtungen zusammen, um eine Versorgung auf dem neuesten medizinischen Stand anbieten zu können. Die öffentlichen Krankenhäuser sind weiterhin zu einhundert Prozent im Besitz des Landes Berlin.

Psychologische und therapeutische Angebote gibt es in der ganzen Stadt, damit Menschen mit **psychischen Erkrankungen schnell Hilfe finden**. Besonders Kinder, Jugendliche und Menschen mit Suchterkrankungen erhalten ausreichend Unterstützung. In Berlin wird **offen über Suchterkrankungen gesprochen**, wodurch Betroffene leichter den Mut finden, sich Hilfe zu holen.

Menschenwürdige Pflege kann in Berlin 2035 gewährleistet werden, weil sich Familie, privates Umfeld, Pflegestützpunkte, ambulante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen. Bezirklich getragene Dienstleistungszentren füllen die entstehenden Lücken bei den ambulanten Pflegediensten und der Haushaltsunterstützung. **Pflegefreundliches Wohnen** ist weiter verbreitet als heutzutage. Pflegefachkräfte und Beschäftigte anderer Gesundheitsberufe finden in Berlin gute Arbeitsbedingungen und eine hohe Tarifbindung vor. In Berlin 2035 wird **Älterwerden und Sterben in Würde** gewährleistet. Besonders am Lebensende erfahren Berliner*innen Solidarität von ihrer Stadt.

Dazu wollen wir

- einen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst aufbauen, der Kinder und Jugendliche in Notfällen zu Hause behandelt.
- die Gründung von kombinierten Gesundheitszentren („Kombi-Praxen“) in jedem Bezirk erleichtern.
- Mittel aus dem Transformationsfonds gezielt in die Weiterentwicklung der Gesundheits- und Pflegeversorgung investieren, um die Spezialisierung und Digitalisierung der Krankenhauslandschaft voranzutreiben.

- mehr Ausbildungsplätze und Studienplätze für Gesundheits- und Pflegeberufe schaffen, orientiert am tatsächlichen Bedarf.
- eine „Allianz Versorgungsforschung“ gründen: Universitäten, Kliniken, ambulante Dienste und der öffentliche Gesundheitsdienst arbeiten gemeinsam an smarter digitaler Medizin, um Prozesse zu automatisieren und die Versorgung effizienter zu machen.
- die Gesundheitsforschung und -wirtschaft in Berlin weiter vernetzen und fördern.
- mehr ambulante, (teil-)stationäre Pflegeeinrichtungen, Pflegewohngemeinschaften und generationenübergreifende Wohnprojekte mit öffentlichen Mitteln fördern und bauen.
- Gesundheits- und Sozialberatung in den „Kombi-Praxen“ besser vernetzen und ausbauen.
- Einen städtischen Klimaaktionsplan entwickeln, der das Gesundheits- und Pflegesystem besonders auf Hitzewellen vorbereitet.
- Bezirkliche Dienstleistungszentren für Pflegeleistungen einrichten.
- Kommunale Pflegelots*innen an Pflegestützpunkten einsetzen, die durch Hausbesuche und Beratung Menschen vor Ort unterstützen.
- öffentliche Kampagnen zur besseren Sichtbarkeit von Frauen- und Männergesundheit starten.

AUFSTEIGEN

Berlin im Jahr 2035 hat sein **Aufstiegsversprechen** erneuert. Die Berliner*innen haben wieder den Glauben und die Hoffnung, dass sie es besser haben werden als ihre Eltern und ihre Kinder es besser haben werden als sie selbst. **Bildung und Wissen** sind dafür der Schlüssel – neben Aufstiegsbiografien **sichern** sie **Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Deshalb haben alle Berliner*innen die Chance, ihre Talente zu entfalten und ihren Weg zu gehen. Unterschiede in den sozialen und ökonomische Hintergründen werden durch unser leistungsstarkes Bildungssystem ausgeglichen.

Die Grundlage dafür wird in den **Kitas** gelegt. Jedes Kind erfährt hier individuelle Förderung, entwickelt Sprache, Kreativität, motorische Grundfertigkeiten und soziale Kompetenz. Ein verpflichtendes letztes Kita-Jahr stellt sicher, dass **alle Kinder gut vorbereitet** in die Schule starten. Frühpädagogische Fachkräfte arbeiten unter fairen Bedingungen, mit ausreichend Zeit und guter Ausstattung, sodass Kitas Orte des Lernens, der Begegnung und der Teilhabe sind. Sie bilden damit nicht nur den Startpunkt für gelingende Bildungsbiografien, sondern auch für starken sozialen Zusammenhalt in den Kiezen.

Die Schulen der Zukunft sind Orte gemeinsamen Lernens. Inklusion ist gelebter Alltag, Vielfalt eine Stärke. Die **Gemeinschaftsschule** ist die **Standard-Schulform** Berlins und setzt die Maßstäbe. Schulen in herausfordernden Lagen gehören zu den besten der Stadt, weil sie besonders

ausgestattet und unterstützt werden. Wesentlich mehr Schüler*innen als heute erreichen einen Abschluss, **kein Kind bleibt zurück**. Demokratie wird im Schulalltag erlebbar – Schüler*innen bestimmen mit, üben Verantwortung ein und wachsen in eine **Kultur des Mitgestaltens** hinein. Moderne Gebäude, digitale Ausstattung und faire Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sorgen dafür, dass das Lernen Freude macht und alle Schüler*innen ihre Potenziale entfalten können.

Berlin ist 2035 die **erste Wahl für Studierende**. Universitäten und Hochschulen sind **Orte der Diversität und des Aufstiegs**. Menschen aus Familien ohne akademische Tradition studieren ebenso selbstverständlich wie junge Menschen mit Kind oder Pflegeaufgaben. **Studium** bedeutet **keine Armutsfalle** mehr, denn bezahlbarer Wohnraum und Mobilität sowie faire Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte sichern gute Rahmenbedingungen. Hochschulen sind inklusiv, modern ausgestattet und von Mitbestimmung geprägt.

Berlin ist zugleich **Forschungsmetropole von europäischem Rang**. Universitäten, außeruniversitäre Einrichtungen und Unternehmen arbeiten eng zusammen, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen. **Wissenschaftsfreiheit, internationale Offenheit und gute Arbeitsbedingungen** ziehen Talente aus aller Welt an und halten sie in der Stadt. Neubauten und Sanierungen haben moderne Labore und Hörsäle geschaffen, Kooperationen mit der Wirtschaft sorgen für neue Patente und Produkte, die in Berlin entwickelt und produziert werden.

Bildung endet nicht mit dem Abschluss, sondern begleitet die Berliner*innen ein Leben lang. **Weiterbildung, digitale Kurse oder Grundbildung für Erwachsene** sind niedrigschwellig, gebührenfrei und wohnortnah zugänglich. **Lebenslanges Lernen** macht es möglich, dass niemand zurückbleibt, wenn sich die Arbeitswelt verändert, und dass alle ihre Chancen verbessern können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen.

So ist Berlin im Jahr 2035 eine Bildungs- und Wissenschaftsstadt, die Aufstieg ermöglicht, Talente fördert und Chancen gerecht verteilt. Von der frühkindlichen Förderung bis zur Spitzenforschung spannt sich ein roter Faden: Berlin investiert in die Menschen – und macht Bildung zum Motor für eine offene, solidarische und erfolgreiche Stadtgesellschaft.

Frühkindliche Bildung

Jedem Kleinkind wird 2035 in Berlin eine **individuelle frühkindliche Bildung** zuteil. **Unabhängig von Herkunft** erfährt es die **bestmögliche Förderung**. Sprache, Bewegung, Kreativität, Kommunikation und soziale Kompetenz werden in attraktiven Kitas von engagierten frühpädagogischen Fachkräften aktiviert und vermittelt. **Jedes Kind verlässt die Kita schulfähig auch mit Hilfe eines verpflichtenden letzten Kita-Jahres**. So wird von klein an eine **wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben** gelegt.

Die **frühpädagogischen Fachkräfte** in den Berliner Kitas weisen eine deutlich **höhere Arbeitszufriedenheit** und deutlich **niedrigere Krankenstände** als noch vor zehn Jahren auf.

Hauptgründe dafür sind ein **verbesserter Betreuungsschlüssel** sowie die durch **schlankere Prozesse** erzielte **Entlastung bei administrativen und bürokratischen Alltagsaufgaben**. In Kiezen mit besonders hohem Betreuungsbedarf, etwa aufgrund eines hohen Anteils von Kindern nichtdeutscher Herkunft, gilt ein besonders niedriger Betreuungsschlüssel. Mögliche krankheitsbedingte Ausfälle von frühpädagogischen Fachkräften werden in der Ressourcenplanung berücksichtigt und der **Einsatz von Springer*innen reduziert** ungewollte **Schließungen**. Dank einer höheren **Flexibilität bei den Betreuungszeiten** wird zudem die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** verbessert. Nicht nur das **Leben** der Fachkräfte ist dadurch in Berlin **stressfreier** geworden, sondern auch das der Eltern junger Kinder.

Kitas sind dabei mehr als reine Betreuungs- oder Bildungseinrichtungen. Sie sind **Orte, an denen Menschen in ihren Kiezen zusammenkommen** und sich einbringen. Kitas sind für den Zusammenhalt in unserer Stadt wichtige Begegnungsorte. Alle Eltern können hier je nach Bedarf **Beratung und Unterstützung** erhalten, die in Kooperation mit Familien- und Nachbarschaftszentren erfolgt.

Neben den Kitas sind auch die **öffentlichen Infrastrukturen auf die Bedarfe von Kleinkindern ausgerichtet**. Altersgerechte Spiel- und Sportplätze, Kultur- und Musikangebote stehen den Nachwuchsberliner*innen offen.

Dazu wollen wir

- Ressourcen gezielt in benachteiligten Sozialräumen wie Randgebiete oder kinderreiche Bezirke lenken – ohne dabei den bestehenden Standard in gut funktionierenden Gebieten zu gefährden.
- das Programm Sprachkitas erhalten und - dort, wo notwendig – ausbauen.
- das betriebliche Gesundheitsmanagement für frühpädagogische Fachkräfte in den Berliner Kitas verbessern. Hierbei liegt der Fokus auf psychische Gesundheit und Infektionsprävention. Dazu wollen wir Impfangebote stärken, Leitungskräfte coachen („gesunde Führung“) und Angebote besser bewerben.
- für Kinder die Zahngesundheit durch einen Ausbau präventiver Angebote verbessern.
- Kitas zu Familien- und Nachbarschaftszentren ausbauen. Die entsprechenden Angebote sind wohnortnah, bedarfsorientiert, digital zugänglich und zertifiziert.
- eine flächendeckend hohen Fachkräftequote durch gezielte Nachqualifizierungen und die Akademisierung von Mitarbeitenden absichern und verstärkt multiprofessionelle Teams in Kitas einsetzen. Diese Teams bestehen aus Fachkräften mit einer Fachschulausbildung, studierten Fachkräften, und Fachkräften, die sich bspw. im Bereich der Inklusion spezifisch weitergebildet haben.
- Sozialraumlotsen etablieren, die langfristig mit Familien zusammenarbeiten und sie bei bürokratischen Anliegen unterstützen – beispielsweise durch Begleitung zu Terminen oder Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen. So können auch Familien erreicht werden, die Kitas nicht direkt erreichen und die damit insbesondere Kinder unter drei Jahren nicht aus eigener Motivation heraus selbstverständlich in einer Kita anmelden.
- Transparenz über Qualitätsstandards schaffen, indem Evaluationen öffentlich einsehbar sind, aber nicht zu viele Ressourcen in den Einrichtungen kosten.

- ein Kitapaket (ähnlich dem Schulpaket) einführen, das unter anderem Kitagutscheine umfasst, um Anreize für den Kita-Besuch zu erhöhen – insbesondere für Familien mit wirtschaftlichen oder infrastrukturellen Hürden.

Strukturen für die Schule der Zukunft

Berlin sichert als Bildungsstadt **gleiche Chancen für alle Kinder** und Jugendliche. Im Jahr 2035 gelingt jedem Kind der Abschluss – unabhängig von Herkunft, Bildungshintergrund oder Beeinträchtigung. Die Schule der Zukunft ist ein Ort des gemeinsamen Lernens, an dem Kinder ihre Stärken entdecken und entfalten können. Bildung wird so zum Fundament für persönliche Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben.

Die Schule der Zukunft lebt von Vielfalt. In **inklusiven Klassen** lernen Kinder mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, Sprachen und Fähigkeiten miteinander und voneinander. Nachteile von Kindern aus einkommensschwachen Familien sind deutlich zurückgedrängt. Schulen in sozial schwierigen Lagen zählen zu den besten der Stadt.

Demokratische Bildung ist im Schulalltag fest verankert. Schüler*innen erfahren **Mitbestimmung nicht nur als Unterrichtsinhalt**, sondern täglich im Schulleben. Entscheidungen über Projekte, Unterrichtsgestaltung und Regeln werden zunehmend gemeinsam getroffen. **Demokratie** wird so **erfahrbar und eingeübt**. Die Bedürfnisse und **Perspektiven von Schüler*innen** werden regelmäßig abgefragt. Das pädagogische Personal hat so die Möglichkeit, früh auf Probleme reagieren zu können und das Schulleben ist besser an den Bedürfnissen der Schüler*innen orientiert.

Im Jahr 2035 führt jede weiterführende Berliner Schule zu jedem Abschluss. Sogenannte Brennpunktschulen haben wir konsequent abgeschafft. Die Schulstrukturreform ist vollendet: Gymnasien und **Integrierte Sekundarschulen bzw. Gemeinschaftsschulen** sind **gleichwertig**. Das gemeinsame Lernen in der sechsjährigen Grundschule und an Gemeinschaftsschulen ist gestärkt. Die Schüler*innen erhalten an jeder Schule barriere- und bürokratiearm eine Ganztagsbetreuung. **Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen)** tragen zur Stärke der Berliner Bildungslandschaft bei. Zugleich sind sie fest in das soziale Gefüge eingebunden: Ihre **Türen stehen allen Kindern offen**, unabhängig von Einkommen oder besonderen Förderbedarfen. Staatliche Unterstützung ist deshalb daran gebunden, dass diese Schulen inklusiv arbeiten und ihre Beitragsstrukturen sozialverträglich gestalten.

Alle Schulen sind **modern ausgestattet und digitalisiert**. Neubauten haben Platz geschaffen, Sanierungen haben Gebäude von Grund auf verbessert – von Klassenraumdecken bis zu Schultoiletten. Auch die Qualität der Reinigung ist dauerhaft auf hohem Niveau.

Die **Lehrkräfte und das pädagogische Personal** arbeiten unter **Bedingungen, die ihre Arbeit tragen**. Schulen mit den größten sozialen Herausforderungen werden besonders unterstützt – finanziell, organisatorisch und personell. Sie haben den Zugang zu **regelmäßigen Fortbildungen**, um mit den dynamischen Herausforderungen an Berlins Schulen besser umgehen zu können. **Besonders qualifizierte Lehrkräfte arbeiten in Schulen in sozial schwierigen Lagen**. So haben alle Kinder in Berlin Zugang zu Unterricht von hoher Qualität.

Im Berlin des Jahres 2035 ist Bildung der Schlüssel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie stärkt die Demokratie, eröffnet Perspektiven und sorgt dafür, dass kein Kind verloren geht.

Dazu wollen wir

- die Mitbestimmung und Beteiligung von Schüler*innen stärken: Sie sollen über praktische Fragen des Schulalltags wie z.B. Pausenzeiten oder der Raumgestaltung mitentscheiden.
- die verpflichtende jährliche Umwelt-Wohlbefinden-Entwicklung-Befragung der Schüler*innen einführen.
- die Quote der Schulabbrecher*innen bis 2035 halbieren.
- die Schulstrukturen reformieren, damit jede Schule zu jedem Abschluss führt.
- Gemeinschaftsschulen und das gemeinsame Lernen bis Klasse 6 ausbauen.
- Schulen in sozial schwierigen Lagen finanziell bevorzugen und datengestützt zur Qualitätssicherung begleiten.
- Anreize schaffen, dass Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden.
- dafür sorgen, dass an allen Schulen ausreichend qualifizierte Lehrkräfte arbeiten.
- gezielt die Arbeitsbedingungen an Schulen in sozial schwierigen Lagen verbessern.
- staatliche Förderung freier Träger an Inklusion und soziale Verträglichkeit binden.

Erste Wahl für Studierende

Berlin 2035 ist der **attraktivste Studienort Deutschlands**. Nicht nur als kulturelle Metropole zieht die Stadt Studierende an, sondern auch weil sie hier beste Studienbedingungen vorfinden. Die **Vielfalt an angebotenen Studiengängen** ist deutschlandweit einmalig und hält mit anderen Weltstädten mit. Die Studierendenzahlen haben sich nach Jahren des Stillstandes positiv entwickelt.

Die Universitäten und Hochschulen sind 2035 **Orte der Inklusion, der Diversität und des biografischen Aufstiegs**. Mehr Menschen aus Nichtakademikerfamilien und aus Einwandererfamilien entscheiden sich für die Aufnahme eines Studiums. **Hürden für die Aufnahme eines Studiums** sind auch für Studierende mit Kind und Studierende, die Angehörige pflegen, **weiter abgebaut**. Der Studienverlauf lässt sich in allen Studiengängen flexibel gestalten.

Die **Universitäten und Hochschulen** sind technisch so gut ausgestattet, dass **gute digitale Lehre** in allen Studiengängen möglich ist. Steigende Studierendenzahlen sind mit einer **Aufstockung an Lehrkräften** einhergegangen, die eine enge Betreuung der Studierenden gewährleisten. Ein regelmäßiges Angebot an Schulungen und Weiterbildungen für Dozierende sichert neben der fachlichen auch **die didaktische Qualität der Lehre**. In den Lehrveranstaltungen steht der Austausch im Mittelpunkt. Die Studierenden werden daher aktiver in den wissenschaftlichen Diskurs eingebunden und geben den Lehrenden häufiger Feedback als heute.

Die **Aufnahme eines Studiums** ist **nicht länger eine Armutsfalle**. Studentische Mitarbeiter*innen finden in ihren Jobs an der Uni gute Arbeitsbedingungen vor und werden für ihre Arbeit angemessen nach Tarif nach Tarif entlohnt. Zusätzlich zu einem auskömmlichen, elternunabhängigen BAföG-Satz mindert der vom Land Berlin geschaffene **studentische Wohnraum** den finanziellen Druck. Dadurch ist die Zahl von Studierenden, die aus finanziellen Gründen ihr Studium abbrechen müssen, stark gesunken.

Das soziale Netz an Universitäten ist stärker ausgebaut als heute. **Studierende erlangen niedrigschwellig Unterstützung**, wenn sie diese brauchen. Ihnen stehen an der Hochschule **gesunde und nachhaltige Verpflegungsangebote** zur Verfügung, die sie sich leisten können. Universitäten und Hochschulen werden von den Studierenden mitgestaltet. Die Studierendenvertretungen sind durch eine wesentlich gesteigerte Wahlbeteiligung gestärkt.

Dazu wollen wir:

- in unserer wachsenden Stadt perspektivisch wieder mehr Studiengänge und Studienplätze anbieten.
- Programme und Initiativen zur Förderung junger Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen unterstützen.
- den Tarifvertrag für studentische Mitarbeitende weiterentwickeln.
- Abbau baulicher Barrieren in Lehrgebäuden.
- die psychosozialen Beratungsangebote auf dem Campus ausbauen.
- digitale Wahlen zu den Studierendenparlamenten ermöglichen.

Lebenslanges Lernen

Berlin sichert als Bildungsstadt die Möglichkeit, ein Leben lang Neues zu lernen und am gesellschaftlichen Fortschritt teilzuhaben. Im Jahr 2035 können **alle Berliner*innen** unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen oder bisheriger Bildung **ihre Kompetenzen erweitern und ihre Chancen verbessern**. Bildung ist nicht mehr auf Kindheit und Jugend beschränkt, sondern begleitet das ganze Leben. Lernen wird nicht mehr als Strafe erlebt, sondern als Freude, die Menschen befähigt, ihre eigenen Wege zu gehen.

Berlin stärkt durch seine Bildungsstrukturen das **demokratische Gemeinwesen**. Dadurch sind die Berliner*innen jeden Alters befähigt, gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen, sich einzubringen und Veränderungen aktiv mitzugestalten. Weiterbildung ist in Berlin ein **selbstverständlicher Teil des Alltags** – von Sprachkursen über digitale Kompetenzen bis hin zu politischer Bildung. Die Zahl hochaltriger Berliner*innen, die das Internet nutzen, ist gestiegen.

Der **öffentliche Raum** in unserem Berlin ist auch ein **Lernraum**. Lernen findet in Nachbarschaften, in Vereinen, in digitalen Netzwerken und in den Betrieben statt. Pfeiler der Bildungsstadt sind die öffentlichen Einrichtungen wie **Volkshochschulen, Bibliotheken, Stadtteilzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportvereinen**. Sie bieten niedrigschwellige, gebührenfreie und wohnortnahe Angebote. Ihre Ausstattung und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden sind so verbessert, dass sie allen Menschen in Berlin offenstehen. **Neue Formen digitaler Bildung** ermöglichen zudem das Lernen **von zuhause**, etwa für Alleinerziehende oder Berufstätige mit wenig Zeit.

Im Jahr 2035 erhalten besonders Menschen, deren Berufe durch den Wandel der Arbeitswelt gefährdet sind, ein verbindliches und umfassendes Weiterbildungsangebot. Aufstiegsfortbildungen sind kostenfrei und flexibel in Teilzeit absolvierbar. Diskriminierung und Scham, die bisher oft mit Grundbildungsdefiziten verbunden waren, sind abgebaut. Lebenslanges Lernen ist allen Berliner*innen niedrigschwellig und barrierefrei zugänglich. Niemand wird ausgeschlossen, weil Geld, Herkunft oder fehlende Informationen den Zugang verhindern.

Dazu wollen wir

- lebenslanges Lernen gebührenfrei und wohnortnah sichern.
- Volkshochschulen, Bibliotheken und Stadtteilzentren als Bildungsorte finanziell stärken.
- den Anteil für Erwachsenenbildung im Bildungsetat steigern.
- alle Berliner*innen fit für den digitalen Raum machen.
- Digitalisierungskurse, die besonders ältere Menschen ansprechen, ausbauen.
- verbindliche Weiterbildungsangebote für besonders gefährdete Berufsgruppen schaffen.
- Grundbildung in Lesen, Schreiben, Rechnen sowie digitale und soziale Kompetenzen allen Berliner*innen zugänglich machen.
- politische Bildung als festen Bestandteil in allen Bildungsräumen verankern.
- das Fortbildungsangebot für Lehrkräfte ausbauen.
- die Berliner Bildungszeit bekannter machen, so dass mehr Arbeitnehmende diese in Anspruch nehmen, um sich fortzubilden.

Forschungsmetropole Berlin

Wissenschaft und Forschung werden von der Berliner Politik sowie von den Berliner*innen als zentraler Bestandteil der **Berliner Erfolgsgeschichte** verstanden. Berlin ist 2035 die **führende**

Wissenschafts- und Forschungsmetropole Europas und gehört **weltweit zur Spitzengruppe**. Keine andere Stadt in Europa weist eine vergleichbare **Dichte von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen** auf. Deutschland nutzt die Wissenschaftspotenziale seiner Hauptstadt für **internationale Leuchttürme**. Berlin als Stadt der Freiheit steht für Toleranz und Diversität. Die **gelebte Wissenschaftsfreiheit** zieht **Talente und Exzellenz aus aller Welt** nach Berlin und schafft es dank optimaler Rahmenbedingungen und einem verbesserten Wohnungsangebot, sie zu binden.

Die **Berliner Wissenschaftslandschaft** hat in den vorangegangenen Jahren unter anderem aufgrund des demografischen Wandels und veränderter Rahmenbedingungen eine strategische **Konsolidierung** erfahren. Dabei wurden vorhandene Stärken gestärkt und die **Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Forschungseinrichtung weiter intensiviert**.

Dank einer **Fokussierung auf die großen gesellschaftlichen Themen unserer Zeit** und eine **engere Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft** haben sich die Rahmenbedingungen an den universitären wie außeruniversitären Forschungseinrichtungen deutlich verbessert. So ist der **Investitionsstau** an den Berliner Universitäten und Hochschulen **abgebaut**. Sämtliche dringlichen Sanierungs- und Neubauvorhaben sind – auch dank der **neuen Berliner Hochschulbaugesellschaft** – realisiert. Studierende, Lehrende und Forschende finden in **modernsten Gebäuden und Laboren beste Arbeitsbedingungen** vor.

Verbessert haben sich die Arbeitsbedingungen für Forschende und Lehrende auch mit Blick auf ihre Karrieren. **Beschäftigung im Wissenschafts- und Forschungsbereich** ist nicht länger eine unsichere Hängepartie, sondern bietet eine **höhere Planbarkeit und Verlässlichkeit**. Gute Arbeit hat auch an den Universitäten und Hochschulen Einzug gehalten. Berlin konnte so von anderen Standorten wissenschaftliche Exzellenz hinzugewinnen.

Der Wissenschaftsstandort Berlin-Brandenburg profitiert von einer engen Zusammenarbeit beider Länder. Dank einer **stärker anwendungsorientierten Forschung und mehr Kooperationen mit Unternehmen** steigt die Zahl der **Patentanmeldungen**. Neue Produkte werden in Berlin entwickelt und nach dem Prototyping auch in Berlin produziert. Etablierte und junge **Unternehmen fördern die weitere Entwicklung der Berliner Wissenschaft und Forschung**. Nicht mehr München, sondern Berlin gilt als der Ort in Deutschland, an dem Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam Innovationen schaffen.

Dazu wollen wir

- eine forschungspolitische Strategie aufsetzen.
- die Kooperationen der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen untereinander weiter verstärken.
- die Berliner Hochschulbaugesellschaft gründen.
- die dringlichsten Sanierungs- und Neubauvorhaben im Rahmen von Pilotprojekten angehen.
- die Arbeitsbedingungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich reformieren.
- mehr Unternehmen aktivieren, in Wissenschaft und Forschung zu investieren.
- gemeinsam mit dem Bund mehr nationale Leuchttürme realisieren.

ANPACKEN!

Berlin hat sich 2035 zusammen mit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg international als **innovationsstarker Wirtschaftsstandort** etabliert und zeichnet sich als Metropole aus, in der **gute Arbeit** nicht nur gefordert, sondern im Alltag **praktisch gelebt** wird. Gefragt nach ihren wirtschaftlichen Perspektiven weisen die **Berliner*innen** regelmäßig **hohe Zufriedenheitswerte** auf, Sorgen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor Wohlstandseinbußen gibt es kaum noch. Und in internationalen Rankings zur **Attraktivität als Kultur-, Gründungs- und Arbeitsort** landet Berlin verlässlich auf den vorderen Plätzen.

Das seit Mitte der 2000er-Jahre meist **überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum** Berlins hat sich trotz vieler konjunktureller und struktureller Herausforderungen fortgesetzt. Berlin hat die wirtschaftlichen **Transformationsprozesse** der letzten Jahre **genutzt, um sich zukunftsfähig aufzustellen**. Was früher kaum jemand für möglich gehalten hätte: Berlin hat sich **bei der Wirtschaftskraft im Bundesländervergleich (BIP pro Kopf) auf Platz vier** vorgearbeitet und somit zuletzt auch Hessen und Baden-Württemberg überholt.

Dieser anhaltende Aufschwung spiegelt sich auch auf dem **dynamischen Arbeitsmarkt** wider. War Berlin früher für seine hohen **Arbeitslosenquoten** bekannt, konnte die Hauptstadt ihre Arbeitslosenquote nunmehr **halbieren**. Gleichzeitig steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Selbständigen. Die **Fach- und Arbeitskräfte** werden dabei sowohl dank einer **Aktivierung von Berliner*innen** als auch über den **Zuzug internationaler Talente** gewonnen.

Berlin hat sich zur **Hauptstadt guter Arbeit** entwickelt. Dank **starker Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Gewerkschaften** sind **Tarifbindung, Mitbestimmung, gute Arbeitsbedingungen sowie eine exzellente Aus- und Weiterbildung** inzwischen der **Regelfall in den Berliner Unternehmen**. Die Sozialpartner praktizieren einen kämpferischen und zugleich wertschätzenden Zusammenhalt zum beiderseitigen Wohle von Beschäftigten und Unternehmen.

Im Berlin der 2030er-Jahre gehen **Wert der Arbeit, Unternehmertum und wirtschaftlicher Erfolg** Hand in Hand. Sie bilden eine **Grundlage für hohe Löhne und Steuereinnahmen** und damit **Investitionen in die Zukunft unserer Stadt**. Leistung erfährt **Wertschätzung und Anerkennung**. Einen Mentalitätswechsel vollzieht die **öffentliche Verwaltung**. Sie wird zu einem **Ermöglicher für Innovation und wirtschaftliche Dynamik**. Sie eröffnet Räume für die Entwicklung und Erprobung neuer Produkte und Dienstleistungen. Sie ist schnell, digital und versteht sich als vertrauensvolle Partnerin. Gründungen, Netzwerkaufbau und das Wachstum von Innovationsökosystemen werden aktiv begleitet und unterstützt.

Einen wesentlichen **Beitrag zur Attraktivität Berlins** als Ort zum Leben und Arbeiten leistet die Berliner **Kultur**. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht nur eine der stärksten Branchen, sie prägt auch das **Lebensgefühl einer freien, diversen und lebendigen Metropole**. Die große Vielfalt der Berliner Kulturlandschaft ist nachhaltig gesichert und bietet Kreativen aus aller Welt optimale Entfaltungs- und Arbeitsbedingungen.

Arbeit von morgen

Berlin 2035 ist die **Hauptstadt Guter Arbeit**. Beschäftigungsformen, die mit erheblichen sozialen Unsicherheiten für die Arbeitnehmer*innen verbunden sind, konnten auf dem Berliner Arbeitsmarkt zurückgedrängt werden. Der **Berliner Standard ist eine selbstbestimmte Beschäftigung**, die sich gut mit dem Leben vereinbaren lässt und den Beschäftigten ein **gesundes Leben** ermöglicht. Frauen und Männer, Erwerbstätige im Ost- und Westteil der Stadt und Migrant*innen - alle erhalten selbstverständlich den **gleichen Lohn für gleiche Arbeit**.

Erwerbsarbeit ist flexibler als heute und orientiert sich **stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten**. Abhängige Beschäftigung ist zu einem weit überwiegenden Teil tarifgebunden - sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich. Die Menschen in Berlin können **Arbeit nachgehen, die ihrem Qualifizierungsgrad entspricht** - egal ob sie ihre Qualifikation in Deutschland oder anderswo erworben haben. Sie arbeiten in **sozialversicherungspflichtigen Jobs**, die ihnen auch im Alter und im Krankheits- und Pflegefall ein gutes Auskommen sichern. Die fortgeschrittene **Digitalisierung** und der Einsatz von KI im Job haben die **Berliner Arbeitswelt verändert**. Tätigkeitsbereiche mit hohem Routineanteil sind automatisiert, dennoch werden alle Arbeitnehmer*innen mit ihrem Erfahrungswissen gebraucht und können durch **kluge Weiterbildungsmaßnahmen** weiter eingesetzt werden. Diese **Veränderungsprozesse** werden von den Sozialpartner*innen **so gestaltet, dass sie beiden Seiten nutzen**. Die wöchentliche Standardarbeitszeit sind 35 Stunden oder weniger bei vollem Lohnausgleich.

Mitbestimmung ist in der großen Mehrheit der Berliner Betriebe Alltag. Die Tarifbindung hat mittlerweile über 80% erreicht. Mehr Menschen als heute engagieren sich für bessere Arbeitsbedingungen. Kein*e Arbeitnehmer*in wird daran gehindert, an der Gründung eines Betriebs- oder Personalrates mitzuwirken. Arbeitgeber*innen, die versuchen, Mitbestimmung in ihrem Unternehmen zu unterdrücken, müssen mit schneller Strafverfolgung rechnen. Von der Berufsschule bis zur Rente gibt es **niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote** zur Wahrnehmung der Arbeitnehmer*innenrechte. Berliner*innen arbeiten in vollem Bewusstsein darüber, was von ihnen verlangt werden kann. Unrecht muss an keiner Stelle hingenommen werden.

Das Land Berlin ist ein von den Beschäftigten **hoch geschätzter Arbeitgeber und Dienstherr**, der für gute Arbeitsbedingungen steht. Die Dienstgebäude sind in ihrer Gestaltung so auf die **Bedürfnisse der Beschäftigten** abgestimmt, dass der Großteil gern zur Arbeit kommt. Zeit- und

ortsflexibles Arbeiten ist, vorbehaltlich eines hierfür geeigneten Arbeitsbereiches, unbegrenzt möglich. Die **Bezahlung bzw. Besoldung** der Beschäftigten und Beamt*innen hat sich **deutlich gesteigert**. Der **Vergabe- und Landesmindestlohn** liegt bei 60 Prozent des Medianlohn und trägt damit zu einer **stabilen Lohnentwicklung** bei. Für die Ausweitung der Mitbestimmung auf dem Berliner Arbeitsmarkt übernimmt die Stadt Verantwortung.

Sorgearbeit ist gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt und erhält **mehr Anerkennung** als bisher. Durch die **verbesserte Betreuungssituation** können insbesondere mehr Frauen, die Vollzeit arbeiten wollen, diesem Wunsch nachgehen.

Dazu wollen wir

- mehrsprachige Informationskampagnen starten, die über Arbeitnehmer*innenrechte aufklären, insbesondere für Arbeitnehmer*innen, die aus dem Ausland kommen.
- Arbeitskammer als Interessenvertretung aller Arbeitnehmer*innen einführen.
- die Kontrolle von Arbeitsschutz und die Einhaltung von Arbeitsrechten insbesondere bei Lieferdiensten und in der Baubranche ausweiten.
- die Beratungs- und Unterbringungsstellen für Menschen, die von Arbeitsausbeutung betroffen sind, ausweiten.
- Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung durch Einführung einer Spezialstelle für Wirtschaftskriminalität bei der Staatsanwaltschaft wirksamer bekämpfen und somit halbieren.
- die Behinderung der Betriebsratsarbeit konsequent verfolgen.
- Vergabe- und Landesmindestlohn auf 60 Prozent des Berliner Durchschnittseinkommens angeben
- die Tariftreue von Unternehmen stärker kontrollieren und damit wirksam durchsetzen.
- die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verbessern: Modernisierungsoffensive für die Gebäude der Berliner Landesverwaltung, Lohn- und Besoldungstabellen schrittweise an das Niveau der Bundesverwaltung anpassen.
- Landesaufträge und -förderungen nur für Unternehmen, die - sofern sie den Schwellenwert Betriebsrat erreicht haben - über Mitbestimmungsstrukturen verfügen.

Fach- und Arbeitskräfte für Berlin

Berlin 2035 ist Anziehungspunkt für alle Menschen, die etwas mit ihrer Arbeitskraft und Kreativität schaffen wollen. Alle, die anpacken wollen, können in Berlin mit anpacken.

Berlin schöpft sein Arbeitskräftepotenzial aus: Menschen, die keine Arbeit haben oder weniger arbeiten als sie sich wünschen, werden besser in den Arbeitsmarkt integriert. Die **Erwerbstätigenquote** von Berliner*innen hat sich **deutlich erhöht**. Weniger Frauen in Berlin arbeiten in Teilzeit, weil die Kinderbetreuung verlässlich sichergestellt ist - auch wenn beide Eltern Vollzeit arbeiten. Langzeitarbeitslose kommen durch **individuelle und bedarfsgerechte Betreuung der Arbeitsagenturen** wieder in Beschäftigung. Erfolge bei der Qualifizierung und

Vermittlung von Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen spielen eine wichtige Rolle in der Zielsetzung der Berliner Arbeitsagenturen.

Die Stadt hat weiterhin starken Zuzug von außen, der die Stadtgesellschaft kulturell bereichert. Berlin leistet seinen Beitrag zu einer **aktiven Willkommenskultur**, die Menschen in die Stadt zieht und hier hält. **Migrant*innen**, die in Berlin arbeiten wollen, erhalten eine **Perspektive auf einen unbegrenzten Aufenthaltstitel** und können schnell einreisen. Sie werden schnell in den Berliner Arbeitsmarkt integriert und gleichzeitig wirksam vor Ausbeutung geschützt. Die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse erfolgt bei **vollständigen Unterlagen in maximal einem Monat**. Das Land Berlin berät und unterstützt Migrant*innen beim Ankommen. Geflüchtete Menschen werden ebenfalls schnell in den Arbeitsmarkt integriert.

Der **Arbeitskräftemangel** wirkt sich auf Berliner Unternehmen **weniger stark** aus als anderswo. Sie leisten durch gute Arbeitsbedingungen, aktive Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote und einer **Offensive zur Stärkung der Berufsausbildung** einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Berlin ist 2035 zu einem bundesweit führenden Ausbildungsstandort aufgestiegen. Qualitativ gute und zahlenmäßig ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen sichern Berlins wirtschaftliche Zukunft. Die Quote der ausbildenden Betriebe liegt über dem bundesweiten Durchschnitt. Mehr Betriebe als heute schließen sich zusammen, um junge Menschen in Kooperation miteinander auszubilden. Ausbildende Betriebe profitieren, da sie in ihren Ausbildungsbemühungen unterstützt und gefördert werden. Eine gute Entwicklung der Angebot-Nachfrage-Relation hat dazu geführt, dass alle jungen Berliner*innen ihren gewünschten Ausbildungsberuf erlernen können. Durch eine systematische, flächendeckende und diskriminierungssensible Berufsorientierung im Vorfeld ihrer Wahl starten junge Menschen informiert in ihre Ausbildung. Mehr junge Frauen entscheiden sich für die Berufsausbildung als bisher.

Ausbildungsberufe haben im gesellschaftlichen Ansehen gewonnen. Aufgrund der gestiegenen Wertschätzung und ihrer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins werden sie attraktiv vergütet. Guter Lohn beginnt schon in der Ausbildung: Lehrjahre sind 2035 in Berlin keine Jahre am Existenzminimum, sondern sichern den Auszubildenden einen selbstbestimmten Start ins Berufsleben. Die Ausbildungsbedingungen und die Zufriedenheit mit der Ausbildung haben sich stark verbessert. Auszubildende müssen in ihren Betrieben nur noch in Ausnahmefällen ausbildungsfremden Tätigkeiten nachgehen und werden eng betreut. Aufgrund der höheren Ausbildungsqualität und einer informierteren Aufnahme der Ausbildung seitens der Auszubildenden ist die Zahl der aufgelösten Ausbildungsverträge gesunken. Mehr junge Menschen beenden ihre Berufsausbildung erfolgreich. Durch ein Azubi-Werk stehen den Auszubildenden neben ihrem Betrieb und der Berufsschule auch weitere Weiterbildungs- und Vernetzungsmöglichkeiten zur Verfügung und sie erhalten günstigen Wohnraum.

Dazu wollen wir

- die zuständigen Stellen für die Anerkennung von Berufsabschlüssen personell stärker ausstatten.
- ein Unterstützungsangebot für Arbeitsmigrant*innen aufbauen: Neben der Bereitstellung von niedrigschwelligen und mehrsprachigen Informationen werden die zuständigen Stellen stärker beratend und unterstützend tätig, beispielsweise in Fragen der Wohnungssuche, Kinderbetreuung oder Sprachbildung.
- Modelle unterstützen, die eine bessere Vereinbarkeit mit Schichtdienstarbeit ermöglichen, wie beispielsweise die Öffnungszeiten in Kitas flexibilisieren und ausweiten.
- junge Menschen beim Übergang von Schule zur Ausbildung besser unterstützen: Wir investieren in eine aufsuchende schulische Berufsorientierung, die junge Menschen vollumfänglich über die Vielfalt der verschiedenen Ausbildungsberufe, die tatsächlichen Ausbildungsbedingungen und ihre Rechte als Auszubildende berät und aufklärt.
- eine Ausbildungsumlage einführen: damit steigern wir den Anreiz für Betriebe auszubilden und fördern mit den Einnahmen ausbildende Betriebe und die Ausbildungsqualität gezielt - z.B. durch Finanzierung von Verbundausbildungen und der Weiterbildung des betrieblichen Ausbildungspersonals.

Starke Industrie

Die **Berliner Industrie** hat 2035 die **Transformationsprozesse** der letzten Jahre **erfolgreich gemeistert** und sich **zukunfts- und international wettbewerbstauglich** aufgestellt. So haben sich neben klassischen Stärken in Clustern wie Mobilität, Gesundheit oder Energie insbesondere in **Schlüsseltechnologien neue Schwerpunkte** herausgebildet. Auch die **Investitionen aus den öffentlichen Sondervermögen** haben der Industrie **zusätzlichen Schwung** verliehen.

Berlins Industrie leistet **maßgebliche Beiträge zur Wertschöpfung und Wirtschaftskraft**. Als attraktiver Arbeitgeber mit guten Arbeitsbedingungen und Löhnen beschäftigt sie **rund 100.000 Arbeitnehmer*innen**. Die Berliner Industrie ist integraler Bestandteil der hauptstädtischen Wirtschaftsstruktur. Sie ist eingebettet in **hochdynamische und entwicklungsstarke Innovationsnetzwerke**, in denen die Berliner Industriebetriebe eng mit **Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen** sowie **Startups** zusammenarbeiten. Neue Produkte werden nicht mehr nur in Berlin erforscht und entwickelt, sondern auch vor Ort produziert. Die **Marke „Made in Berlin“** erhält einen neuen Stellenwert und **mehr Sichtbarkeit**. Die **Berliner*innen** sind **stolz auf „ihre“ Produkte**, die von Berlin aus in die ganze Welt geliefert werden.

Diese **Abbildung ganzer Wertschöpfungsketten** wird in den Wissenschafts- und Industrieparks erlebbar. Insbesondere in den **Berliner Zukunftsorten** sind starke Ökosysteme aus Wissenschaft, Forschung, Startups, produzierendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistungen entstanden. Sie haben sich zu international ausstrahlenden und eng vernetzten **Leuchttürmen** entwickelt, die **internationale Exzellenz, Fachkräfte und Investor*innen** anziehen. Für weitere

Ansiedlungen stehen gut erschlossene und verkehrlich angebundene **Industrieflächenreserven** bereit.

Ein weiterer Standortvorteil Berlins ist die leichtere **Gewinnung von Fachkräften**. Mehr junge Menschen – insbesondere auch junge Frauen – interessieren sich für eine Karriere in der Industrie, so dass die **Zahlen bei Ausbildung und industrienahen Studiengängen konstant hoch** liegen. **Internationale Fachkräfte** haben es leichter, in Berlin eine Arbeit in der Industrie aufzunehmen. Eintrittsbarrieren sind abgebaut und der Wohnungsmarkt ist kein Umzugshemmnis mehr.

Nicht zuletzt hat auch das **Handeln von Politik und Verwaltung** die dynamische Entwicklung der Berliner Industrie maßgeblich unterstützt. Ein **partnerschaftliches Verständnis** von Herausforderungen und Bedarfen der Berliner Industrie sowie digitale und KI-gestützte Prozesse vereinfachen industrielle Aktivitäten in Berlin.

Dazu wollen wir

- die Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg verstärkt auf Schlüsseltechnologien und -industrien ausrichten.
- im Verbund von Land, Bund und EU international ausstrahlende Leuchttürme schaffen.
- den Auf- und Ausbau von Innovationsnetzwerken und -ökosystemen beschleunigen.
- die Berliner Zukunftsorte weiter qualifizieren.
- Hub- und Lab-Strukturen weiter ausbauen.
- gemeinsam mit der Messe Berlin Formatkonzepte für neue Technologien entwickeln.
- die Marke „Made in Berlin“ stärken und Industrie in unserer Stadt sichtbarer machen.

Startup-Metropole Berlin

Berlin hat sich 2035 als die **Startup-Metropole Nr. 1 in Europa** etabliert. Zusammen mit Städten wie San Francisco, New York, Shanghai, Bangalore, London und Paris spielt Berlin als Hot Spot für Gründer*innen und junge Unternehmen **weltweit in der ersten Liga**. Die Startup-Szene der deutschen Hauptstadt ist **zentraler Bestandteil der Berliner Wirtschaft** und leistet maßgebliche Beiträge zu Wertschöpfung sowie zukunftsfähigen und gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Das **Startup-Ökosystem** Berlins hat sich **weiter diversifiziert**. Neben in Berlin traditionell starken Branchen sind – auch dank einer vorausschauenden Innovationspolitik – insbesondere in **industrienahen Schlüsseltechnologien** neue, erfolgreich wachsende Unternehmen entstanden. Im **Verbund mit starken industriellen Partnern** und in enger **Zusammenarbeit mit der exzellenten und anwendungsorientierten Berliner Wissenschaftslandschaft** erlebt die Startup-Metropole Berlin eine **neue Gründungswelle**. Dies gilt insbesondere auch für **Impact Startups**, also junge Unternehmen, die sich auf **ökologisch und sozial nachhaltige Geschäftsmodelle** konzentrieren, um unsere Gesellschaft besser und lebenswerter zu machen.

Diese erfolgreiche Entwicklung ist möglich, weil Berlin wie kaum eine zweite Metropole auch 2035 für **Freiheit** und eine **weltoffene Gesellschaft** steht. Internationale Talente und

Investor*innen erleben die deutsche Hauptstadt als einen Ort, der **Freiräume** bietet und Zukunft ermöglicht. Es herrschen eine kreative Atmosphäre, **Experimentierfreude** und ein Zusammenspiel von Verwaltung und Startups, das von Vertrauen geprägt ist. In themen- bzw. branchenbezogenen **Reallaboren** wird dies praktisch gelebt und umgesetzt. Zudem fließt in Berlin deutlich **mehr Kapital in Gründungen und Wachstumsfinanzierung**. Neben öffentlichen und Großinvestoren beteiligen sich auch Banken und institutionelle Anleger vermehrt an der Startup-Finanzierung. Über einen **revolvierenden „Berlin-Fonds“** können auch Kleinanleger*innen Beiträge zum Wachstum der Berliner Startup-Szene leisten.

Berlins Startup-Szene hat sich nicht zuletzt einen Ruf als **Ort für gute Arbeit** erarbeitet. Unwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen gehören auch dank verstärkter Kontrollen der Vergangenheit an. Beschäftigte profitieren von einer **partizipativen Unternehmenskultur**, einer **starken betrieblichen Mitbestimmung** und **attraktiven Beteiligungsmodellen**.

Dazu wollen wir

- Berlin noch stärker als Reallabor etablieren, in dem Regulierung und Kreativität in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.
- Berlins digitale Infrastrukturen und Services Startup-konform ausbauen.
- mehr Menschen – insbesondere auch Frauen – mithilfe von Startup-Stipendien, Bildungs- und Coachingsangeboten zur Unternehmensgründung motivieren.
- über Vernetzungsformate, Marketingaktivitäten und neue Beteiligungsmodelle mehr Venture Capital für Berlin aktivieren.
- die Berliner Startup-Förderung noch stärker als bisher auf zukunftssträchtige Schlüsseltechnologien und nachhaltige Geschäftsmodelle ausrichten.
- die Zusammenarbeit zwischen Startups und etablierten Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung über entsprechende Formate und Netzwerke weiter ausbauen.
- die Wohnsituation auch für internationale Talente etwa über Onboarding-Angebote deutlich verbessern.
- auch in Startups durch staatliche Anreize gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte sichern.
- Aus- und Weiterbildung über Ansätze wie die Verbundausbildung insbesondere bei wachsenden Startups zum Regelfall machen.
- unsere öffentliche Vergabe reformieren und im Vergleich zu etablierten Unternehmen bestehende Markteintrittsbarrieren für junge Unternehmen abbauen.
- internationale Netzwerke führender Startup-Metropolen – insbesondere mit Berlins Städtepartnerschaften – weiter ausbauen und somit zusätzliche Markteintrittschancen eröffnen.

Vibrierende Kultur

Kultur ist 2035 eine **zentrale Säule der deutschen Hauptstadt**. Sie gehört als **integraler Bestandteil** zu **unserer Daseinsvorsorge**. Berlin hat weltweit einen Ruf als **kreative Kulturmetropole**, die **Chancen und Räume** bietet. Dies ist einer der Hauptgründe für Berlins

international ausstrahlende Attraktivität. Die Berliner*innen schätzen und nutzen die **von Off- bis Hochkultur vielfältige Berliner Kulturlandschaft** ebenso wie die Tourist*innen. Und unsere Stadt zieht Künstler*innen und **kreative Talente aus der ganzen Welt** an.

Berlins Kultureinrichtungen ist es gelungen, nach dem u.a. durch die Corona-Pandemie bedingten Einbruch der Besucherzahlen wieder mehr Menschen für sie zu begeistern. Dank vielfältiger Angebote und Aktivierungsmaßnahmen sowie niedrigschwelliger und hemmnisarmer Formate ist insbesondere die **kulturelle Teilhabe bisher eher kulturferner Bevölkerungsgruppen deutlich angestiegen**.

Kulturelle Bildung genießt von der Kita bis zur weiterführenden Schule und in der Erwachsenenbildung einen hohen Stellenwert. Ihr **Mehrwert für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft** erfährt Anerkennung. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der **Erinnerungskultur**. Ihre Orte dienen nicht nur der Vermittlung von Geschichte, sondern wirken als **toleranz- und demokratiebildende Orte** in die Zukunft.

Die Berliner*innen haben verstanden, dass Kultur - und mit ihr Orte kreativen Wirkens - - zu unserer hauptstädtischen DNA gehören. **Clubs** werden nicht mehr verdrängt, sondern **als Kulturorte geschützt**. Räume für Kultur werden in der Stadtentwicklung stärker mitgedacht – auch in den geplanten neuen Stadtquartieren. Denn Kultur findet nicht nur in Mitte, sondern in allen Berliner Kiezen statt.

Berlins Kulturlandschaft ist zudem geprägt von einem **neuen Miteinander** unserer starken Institutionen und der vielfältigen freien Szene. Es zeichnet sich gattungsübergreifend durch ein hohes Maß an Kooperationen und einem wechselseitigen **Zusammengehörigkeitsgefühl** aus. Tradierte Orte öffnen ihre Türen für junge Kreative und unterstützen ihren Werdegang.

Dazu wollen wir

- mit Angeboten wie dem Kulturpass für junge Menschen mehr junge Berliner*innen für die Berliner Kulturlandschaft gewinnen.
- der Kultur in unserer Stadt auch im öffentlichen Raum mehr Sichtbarkeit geben und die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen.
- neue Kompromisse aushandeln zwischen Kulturorten und den Anliegen der Anrainer*innen.
- das ICC und die ehemaligen Flughäfen TXL und THF zu lebendigen, innovativen und kreativen Orten der Stadtgesellschaft weiterentwickeln.
- Orte wie leerstehende Läden oder nicht mehr genutzte Kirchenräume – auch interimweise – für kulturelle Zwecke aktivieren.
- in den großen Berliner Spielstätten zum jeweiligen Saisonauftakt für die gesamte Stadtgesellschaft Tage der offenen Tür mit niedrigschwelligen Angeboten und Blicken hinter die Kulissen etablieren.
- ein mäzenatisches Patenprogramm insbesondere für junge Menschen aus bildungsfernen Schichten auflegen.

VERANTWORTUNG

In Berlin im Jahr 2035 wird Verantwortung wahrgenommen und nicht delegiert. Unsere Stadt wird verantwortungsvoll gelenkt und geführt und dazu **notwendige Entscheidungen werden zum Wohle Berlins getroffen**. Die Berliner*innen können sich auf ihre Landes- und Bezirksregierungen verlassen. Das **Vertrauen** der Berliner*innen **in die politische Handlungsfähigkeit ist hoch**. Im Bundesländervergleich liegt Berlin bei der **Zufriedenheit mit der Regierung** nicht auf dem letzten Platz, sondern **in der Spitzengruppe**.

Das liegt auch an einer **verantwortungsvollen Kommunikation**. **Entscheidungen** werden **transparent** getroffen und **nachvollziehbar** begründet, ebenso wie die Abkehr von getroffenen Entscheidungen. Die **Beteiligung** von Bürger*innen und Stadtgesellschaft erfolgt **aufrichtig und wertschätzend**, indem klar gemacht wird, welche Vorgaben und Entscheidungsspielräume im Rahmen der jeweiligen Beteiligungsprozesse bestehen. Zugleich ist sie **repräsentativ**, weil es – auch mithilfe **niedrigschwelliger und digitaler Beteiligungsinstrumente** gelungen ist, sämtliche Bevölkerungsgruppen gleichermaßen für die Mitgestaltung unserer Stadt zu aktivieren und einzubinden.

Auch die **Berliner*innen** selbst **nehmen ihre Verantwortung für ihre Stadt wahr**, als Teil ihrer Nachbarschaft, ihres Arbeitsplatzes, ihres sozialen Umfelds. Als Teil eines größeren Ganzen tragen sie Verantwortung füreinander, sie halten zusammen. Gemeinsam mit Politik und Verwaltung bilden die Bürger*innen eine **Verantwortungsgemeinschaft**, die sich für eine lebenswerte Stadt, Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit stark macht.

Das verantwortliche Handeln zeigt sich auch darin, dass das Land Berlin **in langen Linien denkt** und plant. Nicht die nächsten Wahlen oder die Legislaturperiode bilden den strategischen Planungshorizont, sondern **langfristig steuernd wirkende Zielsetzungen**. Dies schließt einen verantwortungsbewussten Haushalt, eine vorausschauende Planung städtischer Infrastrukturen, einen wirkungsvollen Umwelt- und Klimaschutz sowie eine nachhaltige Verkehrs- und Energiepolitik mit ein.

Berlin schafft es, die **Nachhaltigkeitsziele** auch für künftige Generationen **in ein verantwortungsvolles Gleichgewicht** zu bringen. Die Berliner*innen können sich ihre Stadt leisten, ohne dass Abstriche am Schutz unseres Planeten gemacht werden.

Investitionen in unsere Stadt

Berlin verfügt 2035 über einen **gut austarierten Haushalt mit einem hohen Investitionsanteil**. Der Haushalt weist – über die Möglichkeiten des Sondervermögens hinaus – **zusätzliche Spielräume für Investitionen** auf. Dies ist begründet durch eine **Konsolidierung auf der Ausgabenseite** sowie eine **Verbesserung auf der Einnahmenseite**. Der Einsatz von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz sowie schlankere und schnellere Prozesse haben zu

Effizienzgewinnen im **Personalbestand geführt**. Gleichzeitig wurden **verursacher- und aufwandsgerechte Steuern und Abgaben** etwa bei Zweitwohnungen, Anwohnerparken oder Regelverstößen **angehoben**. Den größten Beitrag zur Einnahmenverbesserung leistet jedoch die **dynamische Entwicklung bei Konjunktur und Arbeitsmarkt**.

Die zusätzlichen Haushaltsspielräume werden von Land, Bezirken und Landesunternehmen konsequent für Investitionen genutzt. Es gibt einen gesamtgesellschaftlichen, generationenübergreifenden **Konsens zur Priorisierung der notwendigen Investitionen**. Zur Verfügung stehende **Mittel werden im vorgesehenen Zeitrahmen vollständig für die geplanten Maßnahmen verwendet**. Dies liegt auch daran, dass die auf Bundes- wie Landesebene beschlossenen **Maßnahmen zur Entbürokratisierung Erfolge zeigen**. Prozesse bei Planung und Umsetzung von Investitionen sind deutlich vereinfacht und entschlackt. Die Nichtumsetzung geplanter Investitionen gehört auch dank **personell und strukturell gut ausgestatteter Planungs- und Vergabestellen** der Vergangenheit an.

Für die Transformation unserer Stadt zur zukunftsfähigen Metropole wird – dort wo möglich und sinnvoll – auch privates Kapital eingebunden. Über einen „**Berlin-Fonds**“ können die Berliner*innen ihre Beiträge zur Entwicklung unserer Stadt leisten.

Der **Berliner Landeshaushalt** mit seinem konstant hohen Investitionsniveau wird **von den Berliner*innen als gerecht und sozial ausgeglichen** sowie die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ermöglichend **wahrgenommen**. Auch die **hiesigen Unternehmen** sehen sich durch die Besteuerung durch das Land Berlin **nicht in ihren Entwicklungsmöglichkeiten am Standort Berlin eingeschränkt**, sondern dank des hohen Investitionsniveaus bieten sich ihnen gute Perspektiven.

Dazu wollen wir:

- in Anlehnung an den Bau-Turbo auf Bundesebene einen Berliner Investitionsturbo auf den Weg bringen.
- in der Einstellungspolitik des Landes Berlin einen Fokus auf investitionsrelevante Bereiche legen.
- unser Investitionsmonitoring verbessern.
- die Stadtgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der jungen Generation in die Priorisierung von Zukunftsinvestitionen einbinden.
- auf eine investitionsorientierte Reform der Landes- und Bundesschuldenbremse hinwirken

Energetisches Berlin

2035 verfügt Berlin über eine **sichere, stabile und bezahlbare Energie- und Wärmeversorgung**. Der **Energieverbrauch** wird zum weit überwiegenden Teil **aus erneuerbaren Energien** gespeist, die **Wärme** zu einem Großteil **aus Fern-, Ab- und Tiefenwärme** gewonnen. **Strom- und Wärmeversorgung** sind für die Berliner*innen **keine Frage des Geldbeutels**, sondern als

Kernbestandteil einer starken Daseinsvorsorge für alle gut leistbar. Auch für die Berliner Unternehmen bedeuten die **Energiepreise keinen Standortnachteil**, sie sind wettbewerbsfähig.

Berlin hat die **eigene Produktion regenerativer Energie** – soweit für eine Großstadt möglich – deutlich ausgeweitet. Insbesondere die Produktion durch **Solaranlagen** konnte – auch dank eines erfolgreichen Dächerprogramms – deutlich ausgebaut werden. Die Metropole Berlin kann ihren Energiebedarf trotz aller Maßnahmen aber auch 2035 nicht aus eigener Kraft decken. Sie verstärkt daher insbesondere ihre **Energiepartnerschaft mit Brandenburg** sowie mit weiteren östlichen Bundesländern. **Energie aus der Region für die Region** ist dabei das Leitmotiv.

Zur **Speicherung von Energie und Wärme** hat Berlin entsprechende Infrastrukturen aufgebaut, so leisten etwa **unterirdische Aquiferspeicher** einen zentralen Beitrag für eine jahreszeitlich stabile Wärmespeicherung. Dank **konstant hoher Investitionen in Berlins Energienetze** halten sie der wachsenden Bevölkerung und den höheren Bedarfen der Berliner Wirtschaft stand. **Nachbarschaftliche Energiegenossenschaften** haben insbesondere beim **Aufbau von Nahwärme- und Quartiersnetzen** gute Marktzugänge.

Große Fortschritte hat Berlin bei der **Einsparung von Energie** erzielt. So wurden etwa – auch dank flankierender öffentlicher Förderprogramme – maßgebliche **Erfolge bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden** erzielt. Die **stärkere Nutzung von Sensorik** im öffentlichen wie privaten Raum trägt ebenfalls zu intelligenten Energieeinsparungen bei. Verbraucher*innen wie Unternehmen sind für einen **verantwortungsbewussten Umgang mit Energie** sensibilisiert.

Dazu wollen wir:

- eine ganzheitliche energie- und wärmepolitische Gesamtstrategie für Berlin formulieren
- in der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Brandenburg einen klaren Fokus auf die Energiepartnerschaft zwischen beiden Ländern legen.
- bei der Investitionsbank Berlin einen Wärmefonds einrichten, der Unternehmen Darlehen für die Finanzierung der Wärmetransformation gewährt.
- Förderprogramme für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden fortführen und ausbauen.
- die neue Funktion von Quartiersenergie- und Wärmeberater*innen einführen, die quartiersbezogen Hauseigentümer*innen, Mieter*innen sowie Unternehmen beraten.
- mit der Berliner Energie- und Wärmeberatung eine Anlaufstelle schaffen, die die Aufgaben der Quartiersenergie- und Wärmeberater*innen bündelt.
- für alle Berliner*innen, die nicht dem Spitzensteuersatz unterliegen, Steuergutscheine für den Kauf von Haushaltsgeräten der höchsten Energieeffizienzklasse gewähren.

Mobilität von morgen

Jederzeit verlässlich und sicher von A nach B zu kommen, ist in Berlin im Jahr 2035 unabhängig von Einkommen und Wohnort für alle Berliner*innen ein **Grundrecht**. Sie können sich **multi- und**

intermodal bequem und barrierefrei durch unsere Stadt bewegen. **Mobilität ist** kein alltägliches Ärgernis, sondern **ein gut funktionierender Bestandteil unserer Daseinsvorsorge**.

Der **öffentliche Personennahverkehr** hat für uns **Vorfahrt**. Das bestehende Streckennetz wird mit **hoher Qualität und einer bedarfsgerechten Taktung** betrieben. Berlin hat das größte kommunale ÖPNV-Netz, die BVG ist ein attraktives Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen. Bahnhöfe wie Verkehrsmittel sind sauber und sicher. Autonom fahrende Kleinbusse gewährleisten „on demand“ den Anschluss in dünner besiedelten Stadtteilen. Vertikale Mobilität sorgt mit **Flugtaxis und Lieferdrohnen** für eine Entlastung des Straßenverkehrs. Aufgrund der wachsenden Stadt werden die **Streckennetze von U- und S-Bahn, Tram und Bus** insbesondere zur besseren Erschließung neuer Siedlungskerne in den Außenbezirken **ausgebaut**. Verkehrs- und Stadtplanung gehen dabei Hand in Hand. Zur **Verkehrsvermeidung** werden neue Siedlungen im Sinne der **15-Minuten-Stadt** integriert geplant.

Verkehr wird auch dank **digitaler Parkleitsysteme** vermieden, so dass der lästige **Parksuchverkehr** komplett **entfällt**. Das **Anwohnerparken** wird **entsprechend der Größenklassen preislich angepasst**. In den Kreuzungsbereichen sind verbindliche **Kurzzeitparkplätze für den Wirtschaftsverkehr** eingerichtet, so dass es **kein gefährliches „Zweite-Reihe-Parken“** mehr gibt. Ein Großteil des Wirtschaftsverkehrs wird zudem über nächtlich autonom fahrende Systeme abgewickelt.

Die bisherigen Verkehrsflächen sind gerechter aufgeteilt. Sämtliche **Hauptverkehrsachsen** verfügen über **sichere Fahrradstreifen und Busspuren**. In den **Kiezblöcken** sind Teile der **Straßen- und Parkflächen zu Grün-, Sport- und Begegnungsflächen umgewandelt**. Die **Entsiegelung von Flächen** und die **Reduktion des motorisierten Individualverkehrs** leisten wichtige Beiträge für die **Klimaanpassung**. Dazu trägt auch der inzwischen zu mehr als **50% elektrifizierte Autoverkehr** bei.

Die Verkehrsteilnehmenden begegnen sich mit **Wertschätzung und** nehmen **Rücksicht** aufeinander – insbesondere die Stärkeren auf die Schwächeren. Auf die **Einhaltung der Verkehrsregeln** wird stärker geachtet. Auch dank der deutlich verbesserten Verkehrsinfrastruktur sind Berlins Straßen sicherer. **2035 feiert Berlin erstmals die Zielerreichung von null Verkehrstoten**.

Als Weltmetropole verfügt die deutsche Hauptstadt Berlin zudem über **gute Anbindungen im internationalen Bahn- und Flugverkehr**. Der **Flughafen Berlin-Brandenburg** hat sich zu einem **Drehkreuz in der Mitte Europas** entwickelt und stärkt die wirtschaftlich prosperierende Hauptstadtregion.

Dazu wollen wir

- den Verkehrsmix zugunsten von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr verändern.
- eine langfristige Vision für den ÖPNV der Zukunft entwickeln.
- Verkehrs- und Stadtplanung noch enger miteinander verzahnen.

- standardmäßig Angebote für den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV machen – insbesondere bei Zu- und Umzügen.
- nachbarschaftsbezogene intelligente Sharing-Modelle entwickeln.
- die Ladeinfrastruktur zügiger ausbauen.
- anstelle immer neuer kleinteiliger Modellprojekte vorhandenes Wissen zur Gestaltung von Verkehrsflächen großräumlich umsetzen.
- eine Kampagne für mehr Verantwortung, Rücksichtnahme und Freundlichkeit im Verkehr starten.
- digitale und autonome Mobilitätslösungen einführen und die Arbeit der Ordnungsämter erleichtern.
- uns bei Bund, EU und Fluggesellschaften für eine bessere internationale Anbindung des Schienennetzes und des BER einsetzen.

Klimagerechte Stadt

Als klimagerechte Stadt **ermöglicht** Berlin 2035 **allen Menschen, ein möglichst weitgehend klimaneutrales Leben** zu führen - unabhängig von Einkommen oder sozialem Status. Berlin hat den Kampf gegen den Klimawandel nicht aufgegeben, sondern **arbeitet weiter an der Einhaltung des 2-Grad-Ziels**. Dafür wurde der Ausstoß an CO₂ bereits um über 70 Prozent reduziert. Berlin hält Kurs, die Klimaneutralität vor 2040 zu erreichen.

Der Kampf gegen den **Klimawandel** wird gerade in Berlin auch **als Kampf für soziale Gerechtigkeit** geführt. Weil ärmere Menschen von den Klimafolgen stärker betroffen sind als wohlhabende, denkt Berlin soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammen. Nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Handlungsspielräume vieler Berliner*innen übernimmt die das Land Berlin Verantwortung: **Der öffentliche Raum ist klimaresilient gestaltet und sozial gerecht aufgeteilt.**

Die öffentliche Infrastruktur ist klimabewusst gestaltet. Durch die **ökologisch tragfähige öffentliche Daseinsvorsorge** Berlins werden Klimafolgen für die Stadtbevölkerung abgemildert. Die Stadt tritt nicht nur regulierend auf, sondern geht **mit finanziellen Anreizen und Investitionen in die klimagerechte Stadt** mit gutem Beispiel voran.

Gleichzeitig wird **klimafreundliches Verhalten** für das Individuum **attraktiv gemacht**. Wohnen, Arbeiten, Bildung, Gesundheit und Freizeit sind für die meisten Berliner*innen räumlich näher zusammengedrückt. Damit werden Wege verkürzt, Emissionen reduziert und die Lebensqualität erhöht. Diese Entwicklung ist durch Partizipation der Berliner*innen breit getragen und akzeptiert.

Dazu wollen wir

- mit gutem Beispiel vorangehen und alle landeseigenen Gebäude klimaneutral umbauen.
- Jahr für Jahr Leben retten durch dezentrale öffentliche Cooling Spaces.

- kostenlose Trinkbrunnen in der ganzen Stadt ausbauen.

Unsere Landesunternehmen

Berlin hat 2035 mit seinen Landesunternehmen eine **starke kommunale Familie**. Als **Dienstleister der Daseinsvorsorge** liefern sie **gesamtstädtische Mehrwerte**. Sie eint der **gemeinsame Wille, Berlin jeden Tag ein Stück besser zu machen**. Sie verstehen sich dabei als **aktive Mitgestalter** Berlins, nicht als ihre Verwalter. Das Land Berlin setzt dazu als Gesellschafterin mit Hilfe schlanker, zielorientierter Strukturen und Prozesse einen gut austarierten Rahmen. Zudem sichert es die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Landesunternehmen durch ein **ausgewogenes Verhältnis zwischen Gewinnerwartung und Gemeinwohlorientierung**.

Die Landesunternehmen haben einen überaus **großen Anteil** daran, **wie die Berliner*innen und Gäste unsere Stadt wahrnehmen**, wie gut oder schlecht Berlin funktioniert. Sie haben daher die **vergangene Dekade als Jahrzehnt der Investitionen** verstanden und verstärkt dazu genutzt, in die jeweils von ihnen verantworteten Infrastrukturen zu investieren. Ihre **Servicequalität** haben sie deutlich verbessert. Dies führt dazu, dass die **Berliner*innen** eine **deutlich gewachsene Zufriedenheit mit ihren Landesunternehmen** und damit auch mit ihrer Stadt insgesamt aufweisen. Die Entwicklung des „Wohlfühlfaktors“ zeigt nach oben.

Mit ihren Investitionen tragen die Landesunternehmen dazu bei, **Berlin zukunftstauglich aufzustellen** und zentrale **strategische Zielsetzungen** zu erreichen. So sind sie etwa **zentrale Akteure für die klimaneutrale Transformation** unserer Metropole und **Ermöglicher für Innovationen**, etwa über entsprechend ausgerichtete Vergaben. Sie beschreiten dabei mutig **neue Wege**.

Die Landesunternehmen verstehen sich als **Teil eines großen Ganzen**. **Handlungsleitend** sind nicht individuelle Interessen, sondern **greifbare Mehrwerte für Berliner*innen wie Stadtgesellschaft**. Vor diesem Hintergrund gehen sie **starke Kooperationen** ein. Sie **arbeiten institutionenübergreifend an zentralen Querschnittsthemen unserer Stadt** und teilen verstärkt Wissen – beispielsweise bei Fragen wie dem Umgang mit künstlicher Intelligenz. Dank der intensiveren Kooperation der Landesunternehmen werden **zusätzliche Effizienzen** gewonnen.

Als Mitglieder einer starken kommunalen Familie teilen und leben die Landesunternehmen unsere **gemeinschaftlichen Werte**. So handeln sie als **vorbildliche Arbeitgeber**, die gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, einen wertschätzenden Umgang sowie gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Die vielen tausend **Beschäftigten unserer Landesunternehmen** sind daher **überdurchschnittlich zufrieden**, was sich in einer **hohen Identifikation** ausdrückt. Sie sind **stolz darauf, Berlin jeden Tag aufs Neue am Laufen zu halten**.

Dazu wollen wir

- zusammen mit den Landesunternehmen eine ganzheitliche Strategie für Berlin 2035 entwickeln.

- die Investitionsfähigkeit unserer Landesunternehmen mithilfe einer starken Berücksichtigung beim Sondervermögen weiter ausbauen.
- Kooperationsstrukturen wie beispielsweise die Mehrwert-Initiative oder das InfraLab stärker nutzen und ausbauen.
- Synergien bei unternehmensübergreifenden Herausforderungen wie etwa Ausbildung, Tiefbau o.ä. erzielen.
- die für das Land Berlin geplante Kampagne zur Stärkung der Arbeitgebermarke Berlin auf die Landesunternehmen ausweiten.
- die Arbeit unserer Landesunternehmen bei den Berliner*innen sichtbarer und bekannter machen – etwa über einen stadtweiten Tag der Offenen Tür.

Die **Berliner SPD** ist sich ihrer **Verantwortung für die Zukunft Berlins**, für die Zukunft der Berliner*innen bewusst. Sie hat in den letzten Jahrzehnten **nicht immer alles richtig gemacht**. Aber sie ist **lern- und entwicklungsfähig** und sucht nach praktischen Lösungen für die Herausforderungen unserer Stadt. Mit ihrem Zukunftskonzept Berlin 2035 bietet die SPD den Berliner*innen ihre **Vorstellungen von einem lebenswerten, dynamischen und solidarischen Berlin** an. Sie unterscheidet dabei nicht zwischen Ost- und West, Jung und Alt, Mann und Frau, Hier-Geborenen und Migrant*innen, Menschen mit und ohne Einschränkungen, sondern skizziert ein gemeinschaftliches Bild für unsere Stadt – **eine Stadt für uns alle**. Diese Vorstellungen sind ambitioniert, und es ist möglich, dass nicht alle der formulierten Ziele auch erreicht werden. Aber **wer keine Ziele hat, macht sich auch nicht auf den Weg**.

Lasst uns Berlin 2035 zusammen gestalten!

Gemeinsam. Unser. Berlin.